

Lebensmittelskandale und kein Ende...
Überblick über die wichtigsten Katastrophen und Skandale
auf dem Gebiet der Lebensmittel
in dem Zeitraum 1981 - 2006

„Eine ganze Serie von Lebensmittelkrisen hat in den letzten 20-30 Jahren das Vertrauen der Verbraucher in die Qualität und Sicherheit der Lebensmittel schwer erschüttert. Andererseits möchten viele Lebensmittel Produzenten dieses Vertrauen durch eine umfassende Strategie wiederherstellen, eine Strategie der Garantie von Sicherheit und Qualität vom Erzeuger bis zum Verbraucher“

Jahr	Land	Ereignis	Information
1981	Spanien	Olivenölskandal	Der größte Lebensmittelskandal in Spanien forderte Hunderte Tote. 20 000 Menschen werden vergiftet. Olivenöl war mit Rapsöl für den industriellen Gebrauch gepanscht und mit hochgiftigen Substanzen (wie Motoröl) versetzt worden.
1985	Österreich/ Deutschland	Glykol im Wein	In Österreich und Deutschland wird mit einem Frostschutzmittel gepanschter Wein entdeckt. In der nachgewiesenen Dosierung kann Glykol Leber, Niere, Gehirn schädigen.
1985-	GB	BSE	<p>Erster bekannter Fall der Rinderseuche in Kent. Ein Rind wird eingeschläfert, das aggressiv ist und seine Gliedmaßen nicht mehr kontrollieren kann. Wie sich später herausstellt, hatte es sich mit BSE infiziert. Die Erkrankung war bislang nur bei Schafen unter dem Namen Scrapie oder Traberkrankheit bekannt.</p> <p>Ursache und Folgen: Aus Kostengründen wird (1981 J.) das Herstellungsverfahren für Fleisch- und Knochenmehl in Großbritannien geändert (niedrigere Verarbeitungstemperaturen). Niedrige Temperaturen und der Verzicht auf chemische Entfettung der Ausgangsmaterialien führten dazu, daß die Scrapie-Erreger nicht mehr ausreichend inaktiviert wurden und als infektiöses Potential im Tierkörpermehl verblieben. Eine sichere Inaktivierung von BSE- und Scrapie-Erregern wird erst bei 133°C und einem Druck von 3 bar über einen Zeitraum von 20 Minuten erreicht. BSE (Bovine Spongiforme Enzephalopathie, zu deutsch: schwammartige Hirnkrankheit des Rindes) ist eine Erkrankung bei Rindern mit Veränderungen des Gehirns. Die Krankheit wurde erstmals 1986 im Vereinigten Königreich beschrieben. Als 1988 der Wissenschaft der Nachweis der Übertragung von BSE auf Mäuse gelingt, setzt die britische Regierung einen Untersuchungsausschuß ein, der gleich mehrere Maßnahmen eingeführt hat, unter anderem: - Anzeigepflicht für BSE in GB - GB untersagt die Tiermehlfütterung an Wiederkäuer. Erstmals werden infizierte Kühe notgeschlachtet. - Regierung zahlt Entschädigung für die Schlachtung BSE-infizierter Rinder. - Verkaufsverbot für die Milch infizierter Rinder. Die britischen Behörden erklärten am 20. März 1996, dass ein Zusammenhang zwischen BSE und der neuen Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit nicht ausgeschlossen werden könne. Die Creutzfeldt-Jakob-Krankheit tritt beim Menschen nur sehr selten auf. Allerdings handelt es sich um eine unheilbare und tödlich verlaufende neurologische Erkrankung. Die neue Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit tritt vornehmlich bei jüngeren Personen auf. Die Krankheit verläuft oft langsamer und weist ein anderes klinisches Bild auf, als die klassische Creutzfeldt-Jakob-Krankheit.</p>
1986	Italien	Italienischer Weinskandal	Über 100 Menschen vergiften sich an Rotwein, der mit dem tödlich wirkenden Methylalkohol vermischt war. Mehr als 20 Menschen sterben.
1986	Russland/ Ukraine/ Europa	Tschernobyl	Die Freisetzung von mehreren Tonnen hochradioaktiven Materials aus dem explodierten Block 4 von Tschernobyl (am 25.04.1986) führte zu einer weiträumigen Verseuchung des Bodens, der Pflanzen, Menschen und Tiere sowie der Gewässer und Grundwasser. Auch die Deutschlandseinwohner haben nach dem Unfall im Tschernobyl Strahlen abbekommen: durch die Luft, den Regen, den Boden und durch das Essen.

1987/ 1988	Deutschland/ EU	Nematoden in Seefisch	Das verstärkte Auftreten der gesundheitsgefährdenden Würmer in Fischen hat die ganze Diskussion ausgelöst. Das Problem der „Wurmlarven in Fisch“ bekam durch einen spektakulären Beitrag des Fernsehmagazins Monitor neue Brisanz. Verbraucherverbände, Stiftung Warentest und Ernährungsberatung informierten über Einkauf und unbedenkliche Zubereitung. Konsequenzen: 1. Die EG-Kommission legte einen „Vorschlag für eine Verordnung des Rates über Gesundheitsschutzbestimmungen hinsichtlich Nematoden bei der Vermarktung von Fisch und Fischerzeugnissen“ vor, der bald in Kraft treten sollte. 2. Die Verbraucherverbände bemängelten die unzureichende Kontrolle und forderten eine eigene EG-Kontrollinstanz mit weitgehenden Befugnissen vor Ort in jedem Mitgliedsland. Die Fischwirtschaft reagierte mit der Vorschrift, Fische vor dem Verkauf auszuweiden.
1988	Deutschland/EU	Hormonfleisch	Dem unerlaubten Doping mit Hormonen in großem Stil kamen behördliche Kontrolleure (Fleischbeschauer) auf die Spur. Der westfälische Kälberzüchter F. Hying mästete seine Kälber mit illegalen Wachstumsförderern wie Glenbuterol, Testosteron, Landrolondecanoat, Östradiolbenzoat. Über den Kälbermastskandal wurde nachhaltig in allen Medien berichtet. Die Presse veröffentlichte ausführliche, gut recherchierte Reportagen (z. B. „Die Zeit“ vom 19.8.88). Maßnahmen: Umgehend wurden 9000 Tiere notgeschlachtet. In Folge dieser Aktion wurde eine Reihe ähnlicher Fälle von den Behörden aufgedeckt. - In der Bundesrepublik gilt ein Hormonmastverbot. - 1988 schränkte die EG den Einsatz natürlicher Hormone bei der Viehzucht weitgehend ein. Künstlich erzeugte Hormone wurden ganz verboten. Sie stehen in Verdacht, Krebs auszulösen oder die Tumorbildung zu beschleunigen. - Seit 1989 gilt ein Importverbot für Fleisch, das mit Wachstumshormonen gezüchtet wurde. Folgen: Die Verbraucher reduzierten ihren Kalbfleischkonsum von durchschnittlich 1,8 kg/Person in 1987 auf gut die Hälfte. Immer mehr Verbraucher orientieren sich an Qualitäts- und Markenfleischprogrammen.
1988	Deutschland	BIRKEL- Schadenersatzfall	<i>Stuttgart, 13. Dezember</i> – Nudel-Firma Birkel klagt gegen das Land Baden-Württemberg. Das Stuttgarter Regierungspräsidium hatte vor Birkel-Produkten gewarnt, die angeblich mit verdorbenem Flüssigei hergestellt worden waren. 50 % Umsatzabsturz, 500 Entlassungen. Die Warnung war falsch. 13 Mio. Schadenersatz
1989	Irland	BSE	Erster BSE-Fall in Irland.
1989	GB/EU	BSE	Zum Ende des Jahres sind in GB fast 10 000 Rinder als infiziert gemeldet. Maßnahmen: - Untersuchungsausschuß fordert Verarbeitungsverbot von Innereien für Babynahrung. - In GB wird die Verwendung von Rinderhirn, Innereien und Rückenmark verboten. - Entsch. 89/469/EWG der Kom. vom 28.7.1989 zum Erlaß von Maßnahmen zum Schutz gegen spongiforme Rinderenzephalopathie in GB – Abl. Nr. L 225 vom 3.8.89, S. 51.
1990	Deutschland	BSE	Deutschland verschärft Importkontrollen bei britischem Rindfleisch.
1990	Portugal	BSE	Erster BSE-Fall in Portugal
1990	EU/ Schweiz	BSE	Nachdem in GB die Entschädigungssumme für BSE-Rinder deutlich erhöht wurde, verdoppelt sich die Zahl der gemeldeten, erkrankten Tiere. Die EU-Kommission untersagt Exporte von lebenden Rindern und die Verwendung von Innereien zur Herstellung von Kosmetika und pharmazeutischen Produkten. Die EU beschließt eine Meldepflicht für BSE-Fälle. Deutschland und Frankreich verhängen Importverbot für britisches Rindfleisch. Der erste BSE-Fall in der Schweiz.
1991	Frankreich	BSE	Erster BSE-Fall in Frankreich
1992	Deutschland/ Dänemark/ GB	BSE	Der erste BSE-Fall in Deutschland: Ein aus Großbritannien importiertes Rind verendet. Der erste BSE-Fall in Dänemark. In diesem Jahr sterben in Großbritannien 37.280 Rinder an BSE.
1992	Deutschland/ Österreich	Gepanschter „Prädikatswein“	Mit dem Verkauf von 490 000 Flaschen falsch deklariertem Wein haben ein Weinhändler und sein Kellermeister ca. 2 Mio. DM Schaden verursacht. Der Handel flog im Rahmen des österreichischen Glykolskandals auf. Chemiker entdeckten die Substanz in 73 Weinen einer Kellerei. Die Verschnitte wurden z. T. als „deutsche Prädikatsweine“ über Supermarktketten vertrieben, obwohl sie „nicht verkehrsfähig“ waren.
1993	GB	Hormonverbot wird häufig umgangen	In GB erkrankten zwei Landwirte an der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit (CJK). Erstmals wird von Wissenschaftlern ein möglicher Zusammenhang vermutet.

1993	Deutschland/ Niederlande/ GB	BSE	WISO recherchiert, daß in den NL britische Kälber in großem Umfang gemästet werden und nach der Schlachtung als niederländisches Rindfleisch in den Handel gelangen. Allein in diesem Jahr (hauptsächlich in GB) werden über 37.000 BSE-Fälle gemeldet.
1993	Österreich	Fleischwaren neu verpackt	Im österreichischen Bundesland Tirol wurden Fleischwaren, deren Verfallsdatum überschritten war, einfach neu verpackt. Zum Teil wurde das Fleisch stark gewürzt und als Hackfleisch angeboten, um mögliche Verfärbungen zu vertuschen. Die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Innsbruck stellte fest, daß von mehreren hundert Proben aus den wichtigsten Lebensmittelmärkten rund ein Drittel verdorben war. Die beanstandeten Fleisch- und Wurstsorten seien nicht generell gesundheitsschädlich gewesen. Maßnahmen: Die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen auf.
1993/9 4	Deutschland	Falsche Herkunftsangaben bei Obst und Gemüse	Die Herkunftsangabe ist bei fast allen frischen Obst- und Gemüsesorten gesetzlich vorgeschrieben. Käufer fragen aus ethischen, gesundheitlichen oder ökologischen Gründen gezielt nach der Lebensmittelherkunft: z.B. politische Situation im Herkunftsland, Verzicht auf Lebensmittelbestrahlung, kurze Transportwege, regionale Produkte usw.. Die VZ NRW wies seit Jahren beständig auf unkorrekte Herkunftsangaben bei Obst und Gemüse hin. Nachdem die Medien das Thema aufgegriffen hatten, wurden die unlauteren Machenschaften einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Genauere Zahlen vom Umweltministerium (MURL-Min. für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen) veröffentlicht, lösten einen Sturm der Entrüstung aus. Die Beanstandungsquote reichte im Einzelhandel und auf Wochenmärkten bis zu 100 %. Maßnahmen: 1. VZ und MURL forderten, Verbrauchertäuschung zu bestrafen durch - Bußgelder in abschreckender Höhe - Überprüfung, ob gegen die Händler ein Strafverfahren wegen Betruges eingeleitet werden kann, - konsequente und kontinuierliche Kontrollen durch alle Landesbehörden - Präzisierung der Gesetze. 2. Für Verbraucher wurden Empfehlungen veröffentlicht.
1994	Deutschland/ EU/ Italien	BSE	Erstmals sind in Deutschland zwei Rinder an BSE gestorben. - Der Gesundheitsminister kündigt einen deutschen Alleingang an, falls die Europäische Kommission in Brüssel kein umfassendes Ausfuhrverbot verhängt. - Der Vorstoß im EU-Ministerrat, ein generelles Exportverbot für britisches Rindfleisch durchzusetzen, scheitert. Seit dem 20.3. gilt in Deutschland ein Verfütterungsverbot für Tierkörpermehl an Rinder. - Der niedersächsische Landwirtschaftsminister erteilt ein Schlachtverbot für Bestände, in denen aus GB importierte Rinder gehalten werden. Die anderen Bundesländer erlassen ähnliche Vorschriften. - Die EU-Verordnung zu Importbeschränkungen für britisches Rindfleisch tritt in Kraft. Der erste BSE-Fall in Italien.
1994	Deutschland/ EU/ USA/ Japan	Schweinepest	Der Schweinepest in Niedersachsen könnte durch Impfen der Tiere vorgebeugt werden. Doch die europäischen Schweinezüchter verzichten darauf, um sich nicht den Zugang zu den Absatzmärkten in den USA und Japan zu versperrern. Konsequenzen: - Um die Schweinepest einzudämmen ordnete die Kommission der EU am 23.3. an, daß kein Schwein Niedersachsens lebend verlassen darf. - Seit Verhängung der Quarantäne sind in infizierten Betrieben 200 000 Tiere getötet worden, sowie 560 000 Mastschweine und 110 000 Ferkel, die zwar gesund sind, aber im Sperrbezirk leben. Die EU kauft die Tiere auf und läßt sie beseitigen.
1994	Österreich	Verdorbenes Fleisch	Untersuchungen der Arbeiterkammer Wien deckten gravierende Mängel im Einzelhandel auf. Geprüft wurden die genießbarkeit des Fleisches am Verkaufstag und die Zuverlässigkeit der Haltbarkeitsdauer. Bei Prüfungen durch die Lebensmitteluntersuchungsanstalt wurden in 31 Supermärkten und 36 Einzelhandelsbetrieben je 27% / 57% der Proben bei verpackter bzw. offener Ware beanstandet. 6% / 20% waren bereits am Verkaufstag verdorben. Am häufigsten waren Hühnerteile mit 92% zu beanstanden. Maßnahmen: Die Kammer fordert mehr Kontrollen sowie Haltbarkeitsdaten, die nicht unter der Voraussetzung optimaler aber unrealistischer Lagerbedingungen festgesetzt werden.

1994	Deutschland/ Niederlande/ EU	Ekelfleisch in der Wurstfabrik	Sogenanntes „Stichfleisch“, das innerhalb der EU nicht als Lebensmittel vertrieben werden darf, sollte - als Zungenfleisch deklariert - zu Wurst verarbeitet werden. Maßnahmen: Die Eingangskontrolle der Lebensmittelüberwachung deckte den Handel auf und konnte die Verarbeitung verhindern. - Das Fleisch wurde aus dem Verkehr gezogen und unter ordnungsbehördlicher Kontrolle in die Niederlande zurück transportiert. Dort wurde die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. - In der BRD wurden Ermittlungen gegen den Verarbeiter aufgenommen. Der Betrieb wird überwacht. Jede eingehende Sendung ist anzumelden und wird entsprechend kontrolliert. - Nach Abschluß der Ermittlungen beabsichtigte das Ministerium (MURL), die Öffentlichkeit zu informieren.
1994	Deutschland	Erpressung von Handelsketten	Mehrere Handelsketten in der BRD werden von einem oder mehreren unbekanntem Tätern erpreßt. Im Falle der Nichtzahlung wird die Vergiftung von Lebensmitteln in nicht näher bezeichneten Märkten verschiedener Ketten angekündigt. Einem Schreiben an die „Bild-Zeitung“ war eine Probe einer pulverigen Substanz beigefügt. Die Analyse des LKA Hessen ergab, daß es sich um ein stark ätzend wirkendes Gemisch handelte, dessen Hauptkomponente Ätznatron ist, das vor allem in Haushaltreinigern enthalten ist. Maßnahmen: Vorsorglich wies das LKA darauf hin, beim Einkauf von Lebensmitteln darauf zu achten, dass die Verpackungen bzw. Flaschenverschlüsse usw. unversehrt sind.
1994	Griechenland/ EU/ Bulgarien	Maul- und Klauenseuche bei Fleischexporten	Nachdem in Nordost-Griechenland die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen war, verbot der Veterinärausschuss der EU vorübergehend die Ausfuhr von Vieh und Frischfleisch. Griechenland exportiert Milchprodukte vor allem nach Osteuropa. Während der griechische Landwirtschaftsminister betonte, daß für Menschen keine Gefahr bestehe, berichteten die Medien von neuerlichen Erkrankungsfällen und der Gefahr einer weiteren Ausbreitung. Maßnahmen: - Der Landwirtschaftsminister verhängte eine befristetes Ausfuhrverbot - 5000 Schafe und Ziegen sowie über 1000 befallene Rinder wurden getötet. - Die betroffenen Bauern sollen aus Mitteln der EU entschädigt werden. - Bulgarien wies griechische Lieferungen wegen der Seuche zurück.
1994	Deutschland	Nematoden in Fischstäbchen	Eine Untersuchung des Magazins „Öko-Test“ über Qualität von Fischstäbchen führte zu einer Kontroverse mit der deutschen Fischindustrie. In fünf von insgesamt 16 Proben fanden Kontrolleure von „Öko-Test“ Nematoden. Die deutsche Fischindustrie erklärte dazu, daß „Nematoden in Fischstäbchen ungefährlich seien.“
1994	Deutschland	Pestizide in Tee	Bei Untersuchungen an der TU Berlin wurde in hochwertigem Darjeeling des Marktführers Teekanne das Spinnmilben-Vernichtungsmittel Tetradifon, bis zur 24-fachen Menge des Erlaubten, gefunden. Die Geschäftsführung des Unternehmens bestätigte den erhöhten Wert, verwies aber auf die gesundheitliche Unbedenklichkeit etwaiger Rückstände. Die ebenfalls betroffenen Anbieter „Teekampagne“ und „Ökotopia“ riefen nach Bekanntwerden der Werte ihre Produkte aus den Läden zurück. Der Verband des Tee-Einfuhr- und Fachgroßhandels sah keinen Grund für eine Rücknahme. Er rechnet mit einer möglichen Anhebung der Grenzwerte für Tetradifon durch die Bundesregierung um das Zwanzigfache auf 0,2 ppm.
1994	Deutschland	Pestizide in der Babynahrung	Der Insektizid Lindan wird in Babyreis entdeckt.
1994	Europa/ Bangladesch	Verseuchtes Milchpulver	Indischen Presseberichten zufolge waren rund 385 Tonnen europäisches Milchpulver, die das UNO-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) an Bangladesch geliefert hatte, hochgradig radioaktiv verseucht Das hochbelastete Milchpulver (95 bq/kg) war als Hilfslieferung für Bangladesch vorgesehen. Nach Angaben der Zeitung verwies ein Vertreter des UNHCR auf Absprachen mit der Steuerbehörde, wonach die Lieferung vereinbart gewesen sei. Von bengalischer Regierungsseite wird dies „als klarer Fall von Entsorgung verseuchter Nahrung in einem armen Land“ angesehen..

1994	Deutschland	Benzin in Mineralwasser	<p>12 000 Flaschen des Mineralwassers „Römerwall“ waren mit geringen Spuren von Benzin oder Terpentin verunreinigt worden. Einem Verbraucher fiel der fremdartige Geruch des Wassers auf.</p> <p>Maßnahmen: Innerhalb von 6 Stunden wurden rund 1000 Kisten Wasser aus dem Handel zurückgeholt. Zudem forderte das Unternehmen die Verbraucher auf, Flaschen bestimmter Nummern beim Handel umzutauschen.</p>
1994	Ungarn	Bleimennige in Paprika	<p>Auf Bauernmärkten und im Direktverkauf vom Erzeuger wurden Beimischungen des hochgiftigen Rostschutzmehls Bleimennige in Paprika festgestellt. 46 Menschen erlitten Bleivergiftungen. Mögliche Folgen einer Vergiftung sind Nerven- und Blutbildschäden. Die ungarische Regierung erließ ein umfassendes Verbot für den Verkauf von geriebenem Paprika. Zudem wurde verfügt, sämtliche Vorräte auf eine mögliche Beimischung des pulverisierten Rostschuttmittels Bleimennige zu untersuchen. Ein Fünftel aller Stichproben erwiesen sich als kontaminiert (verseucht).</p> <p>Maßnahmen: - 18 Händler wurden festgenommen. - Das Handelsministerium übernahm die Garantie, daß der für den Export bestimmte Paprika ohne Blei sei.</p>
1994	Deutschland/ Spanien	Fertignahrung mit Fremdstoffen	<p>Die Babynahrung AS-Gemüseallerlei der Drogeriekette Schlecker enthielt Spuren des Pflanzenschutzmittels Lindan. Sie enthielt mehr als das vierfache des zulässigen Grenzwertes. Das aus Spanien importierte Produkt entsprach zwar den EU-Richtlinien, aber nicht den deutschen Grenzwerten. Das ZDF berichtete von Erkenntnissen des baden-württembergischen Umweltministeriums über Pestizidrückstände in Babynahrung. Das Magazin „Öko-Test“ wies verschiedene Anti-Schimmelmittel in allen AS-Baby-Obstbrei- und Obstbreigläsern nach, sowie Weichmacher in fleischhaltigen AS-Gläschen. In einigen Proben war der gesetzliche Grenzwert für Pestizide mehrfach überschritten. Anti-Schimmelmittel befanden sich auch in Obstbreigläsern der Marke Milupa und der Supermarktkette Aldi.</p> <p>Maßnahmen: 1. Die beanstandeten Chargen (Mengen) wurden von dem Vertrieber aus dem Verkehr gezogen und die Vermarktung aller AS-Babygläser eingestellt. Milupa und Aldi stellten ebenfalls vorübergehend die Vermarktung ein. 2. Die Verbraucher wenden sich zunehmend Produkten und Zutaten aus kontrollierter biologischer Erzeugung zu. Gefragt sind ebenfalls Zutaten zum Selbstkochen aus dem Biomarkt oder Bioläden.</p>
1994	Deutschland/ Spanien	Belastete Babynahrung im Handel	<p>Pestizid- und Fungizid-Rückstände in Gläsern verunsicherten viele Verbraucher. Der Grenzwert für Säuglings- und Kleinkindnahrung von 0,01 mg/kg wurde überschritten. Betroffen waren Produkte verschiedener bundesweiter Anbieter. Die Lebensmittelüberwachung stellte Rückstände von Pflanzenschutz- und Pilzvernichtungsmitteln in Babykost fest, wobei die Grenzwerte überschritten wurden. Die Produkte waren aus Spanien importiert. Unter anderem wurden Rückstände von Lindan gefunden, das als chronisch toxisch einzustufen ist. Laut Überwachungsbehörde war keine akute Gesundheitsgefährdung gegeben.</p> <p>Maßnahmen: 1. Das Landesuntersuchungsamt Nordbayern stellte eine Überschreitung fest und sperrte den entsprechenden Warenbestand des Anbieters. 2. Die Verbraucherverbände forderten: - rückhaltlose Aufklärung, Aufbau eines Informationsnetzes für Lebensmittelüberwachung und zur Information der Verbraucher, - die Lebensmittelüberwachung auf, die Öffentlichkeit schneller zu informieren - bei Säuglingsnahrung eine umfassende Kennzeichnung des Herkunftslandes - Im Bundestag bekräftigten Abgeordnete ihre Forderungen nach einer verbraucherfreundlicheren ernährungs- und stärker umweltorientierten Landwirtschaftspolitik.</p>
1995	Deutschland/ GB	BSE	<p>Ein neuer BSE-Fall schreckt die deutschen Gesundheitsbehörden auf. Der Bundesrat fordert uneingeschränkten Importstopp für britisches Rindfleisch. In GB ist ein erst 1992 geborenes Kalb erkrankt. Der Höhepunkt der BSE-Epidemie in GB scheint überschritten. Trotzdem werden in diesem Jahr nahezu 10 000 neue Fälle gemeldet.</p>

1995	Deutschland	Arsenhaltige Säfte	<p>Gesundheitsschädliche Stoffe in Babysäften. Das Magazin „Öko-Test“ fand bei der Prüfung von Babysäften in 15 von 16 untersuchten Getränken für die ersten Lebensmonate erhöhte Mengen von Arsen – zwischen 8 und 24 Mikrogramm . Ein Säugling kann etwa 20 Mikrogramm täglich entgiften, wird ein Biochemiker des Umweltbundesamtes zitiert. Die WHO hält eine wöchentliche Aufnahme von 15 Mikrogramm für gesundheitlich noch vertretbar. Maßnahmen: Für Babynahrung gibt es keinen Arsen-Grenzwert! 1. Aufgrund der Testergebnisse haben die Babysaft-Hersteller Nestlé-Alete und Hipp angekündigt, ihre Filterverfahren umzustellen. 2. Verbrauchern wird empfohlen, naturtrübe Säfte aus biologischem Anbau zu kaufen.</p>
1995	Deutschland	Fehlerhafter Babybrei	<p>Der Hersteller für Babynahrung Humana hat über drei Jahre rund 25 Mio. Portionen eines Breis für milchallergische Kinder vertrieben, der Spuren von Milcheiweiß enthielt. Laut Hersteller waren die Konzentrationen um den Faktor 100 000 geringer als bei normaler Kuhmilch. Bei solchen Konzentrationen seien weltweit nur fünf allergische Reaktionen dokumentiert worden. Auf eine Rückrufaktion wurde verzichtet, weil eine gesundheitliche Beeinträchtigung angeblich „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ auszuschließen gewesen sei.</p>
1995	Niederlande/ Belgien/ Deutschland	Gentechnisch erzeugte Babynahrung	<p>Ein niederländisches Unternehmen produziert in Belgien Säuglingsnahrung mit gentechnisch erzeugten Zutaten (LCP). Nach Ansicht der Forschung besteht hier ein nicht geringes Risiko bezüglich der Pathogenität und Toxizität. Da das Produkt in Belgien auf den Markt gebracht wurde, kann es nach den Regeln der Gemeinschaft auch in Deutschland vermarktet werden. Maßnahmen: - Das hessische Sozialministerin (HMFAS) forderte den Bundesgesundheitsminister auf, die Voraussetzungen für eine nationale Regelung zur Kennzeichnung von Lebensmitteln und Zusätzen zu schaffen. - Die Bundesregierung wurde aufgefordert, sich in Brüssel dafür einzusetzen, neuartige Lebensmittel so zu kennzeichnen, daß Verbraucher selbst wählen können. - Die Gewerkschaft NGG verurteilte den Plan der EU-Kommission, Gennahrung nicht grundsätzlich zu kennzeichnen. - 1997 trat die „Verordnung über die freiwillige Kennzeichnung von gentechnikfreien Lebensmitteln“ in Kraft. Sie gestattet die Kennzeichnung „ohne Gentechnik“ unter festgelegten Voraussetzungen.</p>
1995	Deutschland/ EU	Gefälschte Hähnchen	<p>Mit deutschen Namen täuschten ausländische Geflügelschlachter hiesige Herkunft von Geflügel vor. Etwa die Hälfte der in Deutschland angebotenen Hähnchen werden aus den Niederlanden oder Frankreich importiert. Bei diesen Importen beanstandeten Fleischbeschauer oft mehr als 10% der Tiere. Deutsche Vorschriften sehen vor, daß Zuchttiere gegen Salmonellen geimpft werden müssen. Küken dürfen nur mit zugelassenen Futterstoffen gemästet werden und alle Hähnchen sind vor dem Schlachten vom Amtstierarzt zu prüfen. Dagegen dürfen holländische Hähnchen mit radioaktiven Strahlen haltbar gemacht werden. Bestrahltes Futter ist ebenfalls erlaubt. Die EU schreibt vor, daß alle Geflügelprodukte mit einer Kennung der Schlachtereier zu versehen sind. Diese Zahlen- / Buchstabenkombinationen wurden häufig besonders klein und versteckt auf der Verpackung angebracht. Zur besseren Identifizierung bedruckte der Anbieter der Marke „Wiesenhof“ seine Hähnchen zusätzlich mit Namen und Wohnort des Geflügelzüchters. Daraufhin mahnte der französische Verband der Geflügelzüchter den Anbieter wegen unlauteren Wettbewerbs ab.</p>
1996	EU/GB	BSE	<p>Die EU-Kommission erläßt ein Exportverbot für britisches Fleisch, lebende Rinder und andere Rindfleischerzeugnisse in EU- und Drittländer. Die britische Regierung legt einen Schlachtplan zur Ausrottung von BSE vor. Tausende Rinder werden vorsorglich getötet und die Kadaver verbrannt. Das verbleibende Pulver wird in Sonderdeponien eingelagert.</p>
1996	Deutschland	Nikotineinsatz in der Hühnerhaltung	<p>Dem «Hühnerbaron» Anton Pohlmann in Deutschland wird der Einsatz des giftigen Desinfektionsmittels Virkon-S im Futtermittel und die Desinfektion der Ställe mit Nikotinsulfat nachgewiesen. Er wird zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung und einer Geldstrafe von 2,1 Millionen Mark verurteilt.</p>

1996	Deutschland	„Naturtrunk“ aus der Retorte	<p>Fruchtsafthersteller ließen sich mit gepanschem oder künstlich hergestelltem Apfelsaft-Konzentrat täuschen. Wieviel der Ware in den Handel gelangte, ist unklar.</p> <p>Ein Maklerkontor verkaufte über 1400 Tonnen Apfelsaft-Konzentrat, das als „100 % naturrein, ohne Zusätze“ deklariert war, an namhafte Safthersteller. Chemische Analysen ergaben in dem Produkt überhöhte Konzentrationen von Fumarsäure, die bei der Herstellung synthetischer Apfelsäure verwendet wird. Damit entspricht das Konzentrat nicht den lebensmittelrechtlichen Vorschriften in Deutschland.</p> <p>Die Konsumenten wurden zu keiner Zeit über die gefälschten Säfte informiert. Zum Zeitpunkt der Entdeckung war der synthetische Apfelsaft längst ausgeliefert. Die Getränkeindustrie versuchte, den Fall zu vertuschen. Dabei handelte es sich hier nicht um einen Einzelfall. Dubiose Händler bringen täuschend echt komponierte Mischungen als Saftkonzentrat in Umlauf. Die Qualitätskontrolleure in den Betrieben bemerken die Täuschung nur selten, da die Fälscher ihre Kreationen in hochmodernen Labors „analysefest“ machen. Die bislang gefundenen künstlichen Stoffe gelten zwar nicht als gesundheitsschädlich. Ungewiß ist jedoch, ob zur Herstellung des Konzentrats nicht wirklich gefährliche Chemikalien verwendet wurden. Einige Fruchtsafthersteller haben das Saftkonzentrat zu verschiedenen Mischgetränken weiterverarbeitet und bis Oktober 95 an den Handel ausgeliefert.</p>
1996	Deutschland	Etikettenschwindel bei Wild	<p>Die Lebensmittelüberwachung in Baden-Württemberg hat insgesamt 224 Wildspezialitäten untersucht. Bei mehr als 17% der Rehfleisch-Proben stimmten Etikett und Inhalt nicht überein.</p> <p>Die falsche Deklaration entdeckten Kontrolleure anlässlich einer Routinekontrolle. Sie gingen davon aus, daß es sich um Antilopenfleisch handelt, das zwar nicht gesundheitsschädlich, jedoch nur halb so teuer wie Reh ist. Unter Verdacht der Falschdeklaration standen Importeure aus Bayern, NRW und Niedersachsen.</p> <p>Maßnahmen:</p> <p>1. Für den Fall, daß Firmen aus Baden-Württemberg beteiligt sein sollten, drohte die Landwirtschaftsministerin mit harten Konsequenzen. Es handle sich um Irreführung der Verbraucher, die nicht hinzunehmen sei.</p> <p>- Die zuständigen Aufsichtsbehörden in Bayern und NRW sahen dagegen noch keinen Handlungsbedarf.</p>
1996	Deutschland	Haltbarkeitsdaten überschritten	<p>Ein Viertel aller Lebensmittel tierischer Herkunft sind 1996 bei Stichproben in Rheinland-Pfalz beanstandet worden.</p> <p>Das Landesveterinär-Untersuchungsamt (LVUA) bemängelte vor allem die mangelhafte Kennzeichnung sowie zu lange Lagerung von begrenzt haltbaren Fleisch- und Wurstwaren. Die höchsten Beanstandungsquoten gab es bei behandeltem Fleisch wie geräucherter Schinken oder gepökeltem Rauchfleisch. Von 670 Waren seien fast 300 nicht mehr frisch gewesen. Bei Frikadellen waren fast die Hälfte nicht ausreichend gekennzeichnet.</p>
1996	Deutschland	Schadstoffe in Eiern	<p>In den Eiern eines Anbieters fand man Nikotin; andere enthielten das krebserregende Tierarzneimittel Ronidazol. Betroffen waren „Eier aus Freilandhaltung“.</p> <p>Wer diese Eier mit einem bestimmten Mindesthaltbarkeitsdatum gekauft hatte, wurde aufgefordert, sie seinem Händler zurückzugeben, da sie Rückstände von Ronidazol enthalten konnten.</p> <p>Maßnahmen:</p> <p>2. Die VZ Rheinland-Pfalz gab Empfehlungen, beim Eierkauf bestimmte Einkaufswege zu nutzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kauf von Eiern aus Freilandhaltung direkt beim Bauern oder Erzeuger bzw. am Wochenmarkt. - Eier aus kontrolliert ökologischer Erzeugung von Anbauverbänden wie Demeter (das Markenzeichen für Produkte aus biologisch-dynamischer Wirtschaftsweise) usw. - Beim Einkauf von Fertigprodukten wie Desserts, Nudeln usw. gibt es keine Informationen über die verwendeten Eier. - Die Ernährungsberatung rät, den Eierkonsum aus Gründen des Tierschutzes, der Ökologie und unter ernährungsphysiologischen Aspekten zu reduzieren.
1996	Deutschland	Weichmacher in Säuglingsnahrung	<p>PVC-Weichmacher in Säuglingsnahrung.</p> <p>Medienberichte warnten vor PVC-Weichmachern in Babynahrung. Das BgVV (Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin) gab folgende Stellungnahme: In der BRD wurden geringe Mengen Weichmacher gefunden, die weit unterhalb der tolerierbaren Menge lagen. Die Daten lassen keine aktuelle Gesundheitsgefährdung erkennen.</p> <p>Maßnahmen:</p> <p>Das BgVV fordert Untersuchungen zur Aufdeckung der Eintragsquellen und eine generelle Minimierung der Belastung mit Phthalsäureestern.</p>

1997	Deutschland	Erpressung von Handelsketten	<p>Der Nestlé-Konzern und sein Tochterunternehmen Thomy wurden mehrfach mit angeblich vergifteten Lebensmitteln erpreßt. Die Polizei hat fast alle beschlagnahmten Produkte der beiden Firmen untersucht, darin jedoch keine Anzeichen für die angedrohte Vergiftung gefunden. Beide Handelsketten sicherten nach bekanntwerden der Erpressung zu, alle möglicherweise betroffenen Produkte auszutauschen. Es wurde ein Bürgertelefon eingerichtet.</p> <p>Maßnahmen: Die Fa. Thomy führte als Konsequenz aus den Giftdrohungen ein neues Verschlusssystem für Senftuben ein, bei dem man an einer Membran erkennen kann, ob eine Tube manipuliert wurde.</p>
1997	Deutschland/ GB/EU/ Schweiz/ Niederlande/ Luxemburg	BSE	<p>Genomanalysen ergeben, daß das verendete Tier aus GB stammte. Deutschland gilt weiterhin als BSE-frei.</p> <p>In NRW werden 33 Tonnen Fleisch und Fleischprodukte beschlagnahmt. Es handelt sich um illegal aus GB über Belgien nach Deutschland exportiertes Rindfleisch.</p> <p>Von Januar bis Juli sind mind. 2 300 t britisches Rindfleisch illegal exportiert worden und z.T. auch über deutsche Ladentheken gewandert.</p> <p>Über eine Eilverordnung beschließen Bund und Länder alle aus GB und der Schweiz stammenden Rinder, die nach Deutschland eingeführt worden sind, töten zu lassen. Amtliche Beobachtung der unmittelbaren Nachkommen weiblicher Rinder aus GB und der Schweiz.</p> <p>Tierschützer und Züchter britischer Rinderarten erheben Klage gegen die Notverordnung vor Gericht.</p> <p>Der BSE-Untersuchungsausschuß des EU-Parlaments erhebt Vorwürfe gegen die britische Regierung und Arbeit der Kommission von 1990-94. Die Kommission habe das Problem verharmlost und Politik der Desinformation betrieben. Das EU-Parlament verabschiedet „Mißtrauensantrag auf Bewährung“ gegen die Kommission. Diese gibt Fehler zu, beschließt Neuorganisation von Fachausschüsse. Verbraucher-, Umwelt-, Verbände des Öko-Landbaus fordern generelles Fütterungsverbot von Tiermehl.</p> <p>Eine Studie der EU-Kom. warnt vor Mängeln bei BSE-Überwachung in div. EU-Staaten. Die Landwirtschaftsminister beschließen, ab 1998 in der EU bes. BSE-gefährdete Gewebe wie Hirn, Rückenmark, Augen von Rindern, Schafen, Ziegen nicht mehr als Nahrungsmittel bzw. zur Tierfütterung zuzulassen. Der Beschluß wird mit knapper Mehrheit gefaßt. Auch die BRD hat dagegen gestimmt.</p> <p>Nach Erkenntnis des Veterinärausschusses der EU gibt es bei Kuhmilch keine Übertragungsgefahren.</p> <p>Der erste BSE-Fall in Belgien, Luxemburg und Niederlanden.</p>
1997	USA/ Deutschland	Walnüsse mit Chemie	<p>Produkte des amerikanischen Konzerns „Diamond Walnuts“ sollen mit Chemikalien belastet sein.</p> <p>Nach Informationen der US-Gewerkschaft „International Brotherhood of Teamsters“ setzt der Konzern bei Anbau und Verarbeitung von Nüssen Methylbromid ein, das bei der Lebensmittelverarbeitung europaweit verboten ist. Das Mittel kann zu schweren Gesundheitsschäden führen. Außerdem werde zum Bleichen der Nüsse das krebserregende Chlorin eingesetzt.</p> <p>Maßnahmen: - Die Gesundheitsrisiken durch Methylbromid wurden von der AgV (Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände) bestätigt. Für Methylbromid besteht bundeseinheitlich ein Grenzwert von 0,1mg pro kg im essbaren Anteil von Schalenfrüchten. - Rund 74% der in der BRD verkauften Walnüsse stammen von „Diamond Walnuts“. Trotz aller Proteste durch Umweltschutzorganisationen weigert sich der Konzern, auf den Chemie-Einsatz zu verzichten. Die Gewerkschaft rief die Verbraucher zu einem Boykott von „Diamond Walnuts“ auf, an dem sich auch andere Länder beteiligen wollen.</p>
1997	Deutschland	Nematoden in Fisch	<p>Bei Untersuchungen von Frischfisch für die ARD-Sendung Monitor sind in jeder zweiten Probe Nematodenlarven gefunden worden. Das Fernsehmagazin berichtete, daß frische Seefische erneut stärker mit Nematoden befallen sind, da u.a. die Fischwirtschaft ihre Kontrollpflicht vernachlässigt.</p> <p>Probleme mit Nematodenbefall bestätigten auch die Ergebnisse des Veterinär-Untersuchungsamtes für Fisch in Cuxhaven.</p> <p>Maßnahmen: 1. Um einwandfreie Beschaffenheit von Fischen zu gewährleisten, wurde 1994 die Fisch-Hygiene-VO erlassen, die in Teilen weit über die Vorschriften der EU hinausgeht. - Die staatliche Lebensmittelüberwachung muß die Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Eigenkontrollen besser überwachen. 2. Empfehlungen: Verbraucher sollten nicht auf Fisch verzichten, sondern beim Fischeinkauf zu einem Händler seines Vertrauens gehen. Fisch sollte bei über 70°C gegart werden.</p>

1997	Frankreich/ Deutschland	Glykol in Wein	<p>Durch Defekt in einem Abfüllbetrieb gelangte Monoethylenglykol (MEG) in elsässische Weine.</p> <p>Das rheinland-pfälzische Umweltministerium warnte vor bestimmten elsässischen Weinen, bei denen durch technischen Defekt in der Kühlanlage des Abfüllbetriebes erhöhte Werte an Monoethylenglykol bei Routinekontrollen entdeckt wurden. Die Werte lagen teilweise über 100 mg MEG/l. Diese Menge hält das BgVV (Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin) für gesundheitlich bedenklich.</p> <p>Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Der Winzer bzw. der Handel nahmen die betroffenen Flaschen aus den Regalen. - Verbrauchern wurde geraten, die betroffenen Flaschen zum Händler zurückbringen. Der Einkaufspreis wurde vergütet. - Namen und Kennzeichnung der betroffenen Weine wurden veröffentlicht.
1997	Deutschland	Verunreinigte Coca-Cola	<p>Limonade der Marke Coca-Cola war mit dem Lösungsmittel Trichloranisol verunreinigt, das vermutlich über die Dosendeckel in das Getränk gelangte. Nach Meinung von Experten ging davon keine Gesundheitsgefährdung aus. Kunden beschwerten sich über den unangenehmen Geruch nach fauligen Zitronen, der aus der Dose kam.</p> <p>Die zuständigen Behörden und die Verbraucher-Zentralen der betroffenen Länder beklagten die mangelnde Informationsbereitschaft und das schlechte Beschwerde-Management des Weltkonzerns. Man hätte erwarten dürfen, daß der Konzern sofort und umfangreich über die Panne informiere.</p> <p>Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Der Konzernsprecher räumte ein, daß erste Reklamationen bereits vor Wochenfrist eingegangen waren. Daraufhin wurden mehrere tausend Dosen in Hamburg und Schleswig-Holstein vom Markt geholt. - Für Kundenanfragen stehe eine kostenfreie Hotline zur Verfügung.
1998	Spanien/ Portugal/ Nordirland/ Lichtenstein/EU	BSE	<p>Wichtigste Fakten:</p> <ul style="list-style-type: none"> ♦Spanien verbietet die Einfuhr von Rindern und Rindfleisch aus Portugal. ♦Lockerung des Ausfuhrverbotes für Fleisch von Rindern aus Nordirland, die aus Beständen stammen, die mindestens 8 Jahre BSE-frei sind. ♦Vorlage des ersten halbjährlichen BSE-Follow-up-Berichts der Kommission an das Europäische Parlament. ♦BSE-Schnelltests werden entwickelt. ♦Der erste BSE-Fall in Lichtenstein.
1999	Belgien/ Frankreich/ Deutschland	Verunreinigte Coca-Cola	<p>In Belgien verursachte verunreinigte Kohlensäure beim Verzehr von Coca-Cola Getränken gesundheitliche Beeinträchtigungen. Besonders bei Kindern traten Krankheitssymptome auf, die auf die Stoffe Kohlenoxisulfid und Schwefelwasserstoff zurückzuführen sein sollen.</p> <p>Bei Getränkedosen, die in Frankreich abgefüllt wurden, soll das Desinfektionsmittel 3-Methyl-4-Chlorphenol, das an dem Verpackungsmaterial haftete, Krankheitssymptome hervorgerufen haben.</p> <p>Die Coca-Cola Organisation Deutschland bestätigte in einer Unbedenklichkeitsklärung, daß in Deutschland produzierte Erfrischungsgetränke einwandfrei sind. Verbraucher sollten beim Kauf von Coca-Cola Getränken auf deutsche Beschriftung achten.</p> <p>Maßnahmen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Auf Anordnung des belgischen Gesundheitsministers wurden alle Coca-Cola Produkte aus dem Markt genommen. Frankreich schloß sich der Aktion an. - Das deutsche Bundesministerium für Gesundheit hat die Wirtschaftskreise aufgefordert, im Rahmen ihrer Sorgfaltspflicht darauf zu achten, daß keine gesundheitlich bedenklichen Getränke in den Verkehr gebracht werden, und verunreinigte Kohlensäure nicht zur Lebensmittelherstellung verwendet wird. - Die EU-Kommission wurde aufgefordert, im Rahmen des Schnellwarnsystems alle Informationen über die verunreinigte Kohlensäure mitzuteilen. 2. Verbraucherzentralen empfehlen Kaufzurückhaltung bis zur vollständigen Klärung.
1999	Deutschland/ Kenia	Vergifteter Viktoriabarsch	<p>Der Bundesmarktverband der Fischwirtschaft warnte vor vergiftetem Fisch aus dem Viktoriasee. Der medizinische Dienst Kenias hatte mitgeteilt, daß beim Verzehr von Viktoriabarsch akute Lebensgefahr bestehe. Grund dafür ist der Fang mit Hilfe von Pestiziden oder Extrakten aus giftigen Pflanzen.</p> <p>Maßnahmen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Inzwischen darf nach einer EG-Entscheidung kein Fisch aus Kenia und Tansania mehr in die EU importiert werden. 2. Die Verbraucherzentrale NRW rät, vorerst auf den Verzehr von Viktoriabarsch zu verzichten. Wer noch größere Mengen eingefroren hat, sollte sich an das nächste Veterinär-Untersuchungsamt wenden und den Fisch überprüfen lassen.

1999	EU/ Belgien	Dioxinskandal	<p>Mitte Januar gelangte eine Lieferung mit bis zu 80 Tonnen verunreinigten Recyclingfetts aus einer belgischen Fettschmelze zu Futtermittelherstellern. Dieses Fett enthielt insgesamt 1 g an Dioxinen und 50 kg an PCBs. Bis zu 3000 Hühnerfarmen erhielten das verunreinigte Futter.</p> <p>Im Februar erkrankten die ersten Tiere. In Hühnerprodukten überstieg der PCB-Gehalt das 250fache des Erlaubten. Die Belastung bei Schweinen war geringer. Der Dioxinskandal wurde öffentlich bekannt. Er ging von Belgien aus und hatte Auswirkungen auf die Verbraucher in der Bundesrepublik und den Nachbarländern. Verursacher waren zwölf belgische sowie je ein französischer und niederländischer Mischfutterhersteller, die mit Dioxinen verunreinigtes Fett verarbeitet haben.</p> <p>Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Das BML wird durch eine belgische Pressemitteilung und durch das Europäische Schnellwarnsystem über die aufgefundenen Geflügelerzeugnisse mit sehr hohen Dioxinwerten informiert. - Das belgische LWM teilt auf Anfrage mit, daß keine Futtermittel nach Deutschland gelangt seien. - Belgien wird von der EU-Kommission verpflichtet, die Vermarktung aller Geflügelerzeugnisse und daraus hergestellter Lebens- und Futtermittel, die zwischen dem 15.1. – 1.6. hergestellt wurden, zu verbieten. Das Verbot schließt Futtermittel, -fette und Proteine aus Geflügel ein. Die belgische Regierung wird zu umfassenden Kontrollen und Information verpflichtet. - Nach diesem Konzept wird davon ausgegangen, daß von der belasteten Fettcharge keine Futtermittel mehr auf dem Markt sind. - Auf erneute Nachfrage informiert Belgien das BML, daß möglicherweise belastete Futtermittel an zwei Betriebe nach NRW geliefert wurden. Die zuständigen Behörden in NRW wurden informiert und leiteten alle erforderlichen Maßnahmen ein. - Beide Betriebe lieferten ihr Schlachtgeflügel ausschließlich an belgische und niederländische Schlachtbetriebe. - Aus Pressemitteilungen wird bekannt, daß belgische Behörden Untersuchungen von Schweinefleisch veranlaßten. - Aus Unterlagen belgischer Behörden geht hervor, daß bereits im April 99 erhöhte Dioxingehalte in Futtermitteln und im Geflügelfett gefunden wurden. - Das BML kritisiert die Informationspolitik der belgischen Behörden. Nach Bekanntwerden der Schadstoffbelastungen im März 99 hätten die Kommission und die Mitgliedstaaten sofort informiert werden müssen. - Erste Hinweise auf Schadstoffe wurden bereits Mitte Februar/März festgestellt. - In Österreich ist ebenfalls mit Dioxin belastetes Futter aufgetaucht. Nach Auskunft von Toxikologen liege keine Gesundheitsgefährdung bei Lebensmitteln vor, die mit diesen Futtermitteln produziert wurden.
2000	Deutschland	BSE	<p>24. November 2000: Erstmals wird bei einer in Deutschland geborenen Kuh BSE festgestellt. Das mit einem Schnelltest untersuchte Tier stammt aus Schleswig-Holstein.</p> <p>Wichtigste Ereignisse:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gesundheitsministerin Andrea Fischer schreibt Pflichttests an allen geschlachteten Rindern vor, die über 30 Monate alt sind. - 02. Dezember 2000: Das deutsche Tiermehlverbot tritt in Kraft. - 17. Dezember 2000: Der erste BSE-Fall in Bayern wird bestätigt. Die 1995 geborene Kuh aus Sulzberg im Oberallgäu stammte aus einem Familienbetrieb. - 28. Dezember 2000: Der erste BSE-Fall in Niedersachsen wird bekannt. Die vier Jahre alte Kuh aus einem Betrieb in Nortrup bei Bersenbrück im Landkreis Osnabrück war am 20. Dezember notgeschlachtet worden. - Bis zum Ende 2000 steigt die Zahl der BSE-Fälle auf 12 (7 in 2000).
2001	Finnland/ Griechenland/ Japan/ Österreich/ Tschechien/ Slowakei/ Slowenien/	BSE	<p>Der erste BSE-Fall in Finnland, Griechenland, Japan, Österreich, Slowakei, Slowenien und Tschechien.</p> <p>Weltweit ist die Zahl der BSE-Fälle auf 184.645 gestiegen (181.850 in GB).</p>
2001	Deutschland	BSE	<p>Die Zahl der BSE-Fälle in Deutschland ist auf 132 gestiegen. Am meisten betroffen sind: Bayern (64), Niedersachsen (18), Schleswig-Holstein (13) und Baden-Württemberg (12).</p> <p>Gesundheitsministerin Andrea Fischer und Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke treten zurück. Grünen-Chefin Renate Künast wird das neue Verbraucherschutzministerium übernehmen, in dem die Bereiche Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft gebündelt werden. SPD-Fraktionsvize Ulla Schmidt wird neue Gesundheitsministerin.</p> <p>Schlachtrinder müssen in Deutschland jetzt bereits ab einem Alter von 24 Monaten auf BSE getestet werden. Bundesverbraucherministerin Renate Künast hat die entsprechende Verordnung unterzeichnet. Diese Verordnung ist Teil der von ihr angekündigten Maßnahmen, die dazu führen sollen, dass in Deutschland nur noch BSE-getestetes Fleisch verkauft wird.</p>

2001	EU/ Deutschland	MKS	<p>Der Ständige Veterinärausschuss der Europäischen Union (EU) hat die Handelsbeschränkungen, die wegen der Maul- und Klauenseuche (MKS) gegen Großbritannien verhängt worden waren, verlängert. Die Maßnahmen, die Exportbeschränkungen für Lebendvieh und Schlachtfleisch sowie Fleisch- und Milchprodukte vorsehen, würden bis zum 18. Mai andauern, teilte die Europäische Kommission in Brüssel mit.</p> <p>Die Handelsbeschränkungen gegen Nordirland und Irland würden aufgehoben, falls dort bis zum 19. April kein weiterer MKS-Fall auftreten sollte. Auch das Exportverbot für französisches Vieh solle am 12. April enden, wenn bis zu diesem Zeitpunkt kein weiterer Fall der Seuche gemeldet werde. Die hoch ansteckende Seuche war nach dem Ausbruch in Großbritannien Mitte März in Frankreich und damit erstmals auf dem europäischen Festland ausgebrochen. In GB sind bislang knapp eine Million Tiere vernichtet worden. In Frankreich wurden zwei Infektionsherde bestätigt. Auch in den Niederlanden und in Irland sind inzwischen MKS-Fälle bestätigt worden.</p> <p>Nach dem Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Nordrhein-Westfalen, 84% der Bürger in Deutschland sind für Impfungen (Exportverbot).</p>
2001	EU/ Schweden	Acrylamid	<p>Die Swedish National Food Administration hat auf ein bislang nicht bekanntes gesundheitliches Risiko aufmerksam gemacht: Mit einer neuen Analyse-Methode haben schwedische Wissenschaftler unterschiedliche, zum Teil hohe Mengen von Acrylamid in Lebensmitteln nachgewiesen (Pommes-Fries, Knäckebrot...)</p> <p>Acrylamid gilt als erbgutschädigend und krebserregend. Wie die Substanz in die Lebensmittel kommt, ist zur Zeit noch ungeklärt. Die bisherigen Untersuchungsergebnisse deuten darauf hin, dass es sich im Herstellungsbeziehungsweise Zubereitungsprozess bei der Erhitzung stärkehaltiger Lebensmittel bildet. Daten zur Acrylamid-Belastung von Lebensmitteln, die auf dem deutschen Markt angeboten werden, liegen bislang nicht vor.</p>
2002	Deutschland	Nitrofen	<p>Nitrofen wurde von Bundesanstalt f. Fleischforschung schon im März 2002 nachgewiesen. Nach bisherigen Erkenntnissen (Mai 2002) sind rund 100 Tonnen mit verunreinigter Öko-Weizen an einen Futtermittelbetrieb in Niedersachsen geliefert worden. Von diesem haben rund 120 Betriebe in mehreren Bundesländern möglicherweise verunreinigtes Futter erhalten. Bundesweit liefen daraufhin Kontrollen an. Vor allem in Niedersachsen, aber auch in Nordrhein-Westfalen wurde die Auslieferung von Waren aus betroffenen Betrieben gestoppt.</p> <p>Neue Enthüllungen im Nitrofen-Skandal: <i>Hannover (29.05.2002):</i> Der Nitrofen-Skandal zieht immer weitere Kreise. Das mit Pflanzengift belastete Tierfutter aus Niedersachsen ist nicht nur an Geflügelbetriebe ausgeliefert worden. Auch Biobetriebe mit Milchkühen und Mastschweinen hätten das Futter erhalten, teilte das niedersächsische Landwirtschaftsministerium mit. Die Futtermittel-Firma GS Agri aus Cloppenburg hat insgesamt 550 Tonnen Öko-Getreide zu Futter verarbeitet und ausgeliefert, obwohl die Belastung mit Nitrofen bekannt war. Möglicherweise stammt das verseuchte Futtergetreide aus Osteuropa, wo Nitrofen teilweise noch erlaubt ist. Die großen Einzelhandelsketten haben wegen des Skandals Bio-Eier aus den Regalen genommen. Auch Geflügelprodukte wurden teilweise zurückgezogen. <i>Hannover (2.06.2002):</i> Die Behörden suchen weiter nach über 100 Tonnen Futtermittel, das möglicherweise mit der krebserregenden Chemikalie Nitrofen vergiftet ist. Es handelt sich um 51 Tonnen Lupinen und 62 Tonnen Weizen, die in einer verseuchten Halle in Mecklenburg-Vorpommern gelagert waren. Das Futtermittel wurde von der norddeutschen Saat- und Pflanzgut AG verkauft. Inzwischen hat der Bundesverband der Verbraucherzentralen Landwirtschaftsministerin Künast für den Skandal mitverantwortlich gemacht. Das Alarmsystem der Gesundheits- und Lebensmittelbehörden habe versagt. In dem belasteten Futtermittel hatten Chemiker Nitrofen in einer Konzentration nachgewiesen, die 200-tausendfach über dem Grenzwert lag.</p> <p>(17.06.2002) Nitrofen im Weizen stammt aus altem DDR-Giftlager - Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) wirft Verbraucherschutzministerin Renate Künast (Grüne) Versagen vor.</p> <p>Berlin Fz./dpa - Der Skandal um das verbotene Pflanzengift Nitrofen in Öko-Futter ist weitgehend geklärt. Bundesverbraucherministerin Renate Künast gab gestern in Berlin, bekannt, das ursprünglich von einem Bio-Hof aus Stegelitz in Brandenburg stammende Futter sei von einem Zwischenhändler, der Norddeutschen Saat und Pflanzgut AG, in einem ehemaligen DDR-Lager für Pflanzenschutzmittel in Malchin (Mecklenburg-Vorpommern) gelagert worden. Dort wurde das Öko-Futter offensichtlich mit dem Krebs erregenden Nitrofen verunreinigt.</p> <p>Die Norddeutsche Saat- und Pflanzengut AG, an der auch der Raiffeisen-Verband beteiligt ist, lieferte das kontaminierte Futter anschließend an den Futtermittelhersteller GS agri in Cloppenburg. Das Pflanzengift wurde bereits im März in Rückstandsproben nachgewiesen, die Behörden wurden jedoch erst kürzlich informiert.</p> <p>Auf die Spur des Verursachers waren Behörden gekommen, als der Weg des Getreides untersucht wurde. Im Staub des ehemaligen DDR-Lagers wurden zwei Gramm Nitrofen pro Kilogramm gefunden - der Nitrofen-Grenzwert für Futtermittel liegt bei 0,01 Gramm. Unterdessen bestätigte Niedersachsens Landwirtschaftsminister Uwe Bartels (SPD), dass in dem zu Futter verarbeiteten Getreide auch die Gifte Lindan und DDT nachgewiesen wurden.</p>

			<p>Bisher wurden in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt Nitrofen-Rückstände in Öko-Eiern, Masthähnchen und Futter gefunden. Alle belasteten Tiere hatten Öko-Futter von der Firma GS agri aus Cloppenburg bekommen. Niedersachsen hat der Firma GS agri mittlerweile die Auslieferung von Öko-Futter verboten.</p> <p>Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) warf Verbraucherschutzministerin Renate Künast (Grüne) unterdessen Versagen vor. "Die Verbraucherschutzministerin hat auf der gesamten Linie versagt. Wenn jetzt die Öko-Betriebe in Misskredit geraten, trägt sie allein die politische Verantwortung", sagte Stoiber WELT am SONNTAG. Dies sei umso schlimmer, da Frau Künast versuche, die ökologische Landwirtschaft aus ideologischen Gründen gegen die konventionelle auszuspielen.</p>
2002	Niederlande/ Belgien	Hormon-Skandal	<p>Das synthetisch hergestellte Wachstumshormon MPA (Medroxyprogesteron-azetat) wird in der Humanmedizin unter anderem zur Verhütung und auch in der Tiermedizin eingesetzt. Bei Lebensmittel liefernden Tieren ist es nicht zugelassen. In den Niederlanden waren nach dem MPA-Fund rund 40 Höfe unter Aufsicht gestellt worden.</p> <p>Auch in Belgien wurden Höfe gesperrt, die Ferkel aus den Niederlanden gekauft hatten.</p> <p>Die in den Skandal um hormonverseuchtes Schweinefleisch verwickelte belgische Firma Bioland hatte keine Zulassung für die Herstellung von Tierfutter. Mit einer neu bekannt gewordenen Lieferung aus Belgien hat sich die Zahl der nach Deutschland gebrachten Schweine auf 7500 erhöht. Nach belgischen Presseberichten war der Betrieb nur zur Verwertung von medizinischen Abfällen und solchen aus der Süßwarenwarenindustrie berechtigt. Die flämische Zeitung "De Morgen" berichtete, auch Getränkehersteller hätten von der Firma Bioland in Arendonk (Provinz Antwerpen) Zuckersirup gekauft. Einer der beiden Eigentümer - zwei Brüder aus den Niederlanden - wurde festgenommen (Juli 2002). Ihr Betrieb war bereits im Mai Pleite gegangen. Er steht in keinem Zusammenhang mit dem deutschen Bioland-Verband. Die Staatsanwaltschaft in Turnhout wirft den beiden Inhabern vor, sie hätten wissentlich Hormone unter den Sirup gemischt, obwohl deren Verwendung bei der Mast verboten ist. In Proben, die bei Bioland genommen wurden, konnten Hormone nachgewiesen werden. Der Betrieb lieferte tonnenweise Sirup an zwei Abnehmer in den Niederlande, die daraus Schweinefutter herstellten.</p> <p>Nordrhein-Westfalens Verbraucherministerin Bärbel Höhn (Grüne) forderte inzwischen höhere Strafen für die Täter. "Leute mit krimineller Energie müssen Angst haben, erwischt zu werden", sagte sie der "Welt am Sonntag". Verschärfte Geld- und Gefängnisstrafen gegen die persönliche Verantwortlichen müssten abschreckende Wirkung haben. Zudem verlangte sie eine erhebliche Ausweitung der EU-weiten Kontrollen.</p> <p>Brüssel (15.07.2002): Die Landwirtschaftsminister der EU wollen die Vorschriften für die Herstellung von Tierfutter verschärfen. Das kündigte der Verbraucherschutzkommissar der Europäischen Kommission, Byrne, an. Unter anderem sollen die Futterhersteller registriert und Strafen für Verstöße festgelegt werden. Byrne sagte, Futtermittel seien immer wieder der Ausgangspunkt für Lebensmittelskandale wie bei BSE und Nitrofen.</p> <p>Wegen des Skandals um hormonbelasteten Futterzusatz sind mehrere hundert Bauernhöfe in Deutschland gesperrt. Sie haben Zuckersirup aus Belgien gekauft, dem das Hormon MPA beigemischt wurde. Solcher Sirup wird Schweinen ins Futter gegeben.</p>
2003 Januar	Deutschland	Dioxin-Skandal	<p>Die Überwachungsbehörden hatten Mitte Januar 2003 in einer Probe aus einem Thüringer Futtermittelbetrieb einen deutlich erhöhten Dioxingehalt festgestellt, der den festgelegten Grenzwert pro Kilogramm um mehr als das 17-fache überschritt. Zudem wurde das Gift in Schweinefleisch gefunden.</p> <p>Das Dioxin war durch nasse Holzscheite im Trocknungssofen des Herstellers entstanden. Dadurch waren Backreste und Zwiebackbruch, die zu Futter verarbeitet wurden, kontaminiert worden. Die Behörden gehen davon aus, dass alle seit November 2002 getrockneten Backreste teilweise belastet sind. Der betroffene Futtermittelbetrieb wurde gesperrt. Der Skandal um Dioxin-verseuchtes Futtermittel in Thüringen hat ein weitaus größeres Ausmaß als bisher angenommen. Möglicherweise sind mehr als 1100 Tonnen Futtermittel mit dem Krebs erregenden Stoff belastet, wie ein Sprecher des Thüringer Landwirtschaftsministeriums in Erfurt mitteilte. Das wäre mehr als viermal so viel, wie bisher angenommen. Mit den verdächtigen Chargen wurden demnach Tiermastbetriebe und Mischfutterwerke in den Niederlanden, Thüringen sowie fünf weiteren Bundesländern beliefert. Das Bundesverbraucherministerium rief das Land zu raschem Handeln auf.</p> <p>Bisher war Thüringen von 250 Tonnen belastetem Futtermittel ausgegangen. Eine Sprecherin von Bundesverbraucherministerin Renate Künast (Grüne) zeigte sich "besorgt darüber, dass das Ausmaß doch größer ist, als man bisher angenommen hat". Sie forderte die Thüringer Landesregierung auf, schnellstmöglich und umfassend über das Ausmaß der Verseuchung zu informieren. Nach Angaben aus Erfurt dauert die Untersuchung von Futtermittelproben noch an. Bis Mittwoch</p>

			<p>(19.02.2003) sollten Ergebnisse vorliegen. Die Verbraucherschutzorganisation foodwatch äußerte scharfe Kritik an den Behörden: "Von gewachsener Sensibilität in der Futtermittelbranche nach dem Nitrofen-Skandal ist nichts zu spüren", betonte foodwatch-Sprecher Carsten Direske. Mit den Schlagworten Qualität und Sicherheit werde zwar gern geworben, die Praxis sehe aber anders aus. Er forderte deutlich höhere Strafen für eine Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung durch kontaminierte Futtermittel.</p>
2003 Febru- ar-April	Niederlande	Geflügelpest	<p>Niederlande: Vorsichtsmaßnahmen gegen klassische Geflügelpest getroffen</p> <p>Berlin (agrar.de) - In der niederländischen Provinz Gelderland besteht ein ernster Verdacht des Ausbruchs der sogenannten klassischen Geflügelpest (Aviäre Influenza). In sechs Betrieben im Bereich von Barneveld wird die Viruserkrankung vermutet. Derzeit laufen noch die Untersuchungen. Um eine Ausbreitung der Erkrankung zu verhindern, hat das niederländische Landwirtschaftsministerium um die betroffenen Betriebe einen Sperrbezirk von 10 Kilometern eingerichtet. In diesem Bereich dürfen weder lebendes Geflügel, noch Produkte (Eier, Mist und Gülle) transportiert werden. Darüber hinaus wurde für ganz Holland ein Verbringungsverbot für lebendes Geflügel und Bruteier verhängt. Bisher liegen keine Hinweise vor, dass die Krankheit nach Deutschland eingeschleppt wurde. In den letzten Wochen geliefertes lebendes Geflügel und Bruteier aus den Niederlanden werden von den für die Überwachung zuständigen Veterinärbehörden der Länder überprüft. Die klassische Geflügelpest ist eine hochkontagiöse Erkrankung insbesondere für Hühner und Puten. Die Übertragung erfolgt durch direkten Kontakt der Tiere untereinander oder durch Vektoren wie Menschen, Wildvögel oder Gegenstände, einschließlich Transportmittel und z.B. Eierverpackungsmaterial. Die Bekämpfungsmaßnahmen sind EG-rechtlich harmonisiert. Eine Impfung ist im Fall der klassischen Geflügelpest nicht erlaubt, weil das Virus so infektiös ist, dass eine Beherrschung der Seuche im Ausbruchsfall durch Impfungen nicht möglich ist. Bei den klassischen Stämmen des aviären Influenza-A-Virus ist eine Gefährdung für den Menschen nicht gegeben.</p> <p><i>April 2003</i> Geflügelpest: 700.000 Hühner in Belgien geschlachtet Die belgische Regierung hat im Kampf gegen die Geflügelpest in den vergangenen Tagen mehr als 700.000 Hühner schlachten lassen. Die in den vergangenen vier Tagen vorgenommenen Schlachtungen betrafen 28 Zuchtbetriebe, wie das Gesundheitsministerium in Brüssel mitteilte. Diese lägen in der Nähe von drei belgischen und einer niederländischen Zuchtstätte, in denen die Seuche Ende vergangener Woche aufgetreten war. Die Tiere seien durch Kohlenmonoxid oder Injektionen getötet worden. Nach dem Tod eines niederländischen Veterinärs an der Seuche begann die belgische Regierung am Wochenende zudem mit Schutzmaßnahmen für Menschen, die direkten Kontakt zu infizierten Tieren hatten. Etwa 130 mit den Schlachtungen beauftragte Personen sowie 250 Bauern einschließlich ihrer Familienangehörigen hätten Impfstoff und Anti-Virus-Mittel erhalten. Die Geflügelpest stelle jedoch generell keine Gefahr für die Bevölkerung dar, betonte ein Ministeriumssprecher. Die Geflügelpest war erstmals Anfang März in den Niederlanden aufgetaucht. In dem Nachbarland Belgiens sind bislang mehr als 230 Zuchtbetriebe verseucht.</p>
2003 Mai	Deutschland	Geflügelpest	<p>Geflügelpestverdacht in Nordrhein-Westfalen</p> <p>Viersen (agrar.de) - Auf einem Hof in Schwalmatal/Kreis Viersen (Nordrhein-Westfalen) ist am 8. Mai 2003 ein ernster Verdacht auf Geflügelpest festgestellt worden. Erste Untersuchungen des staatlichen Veterinäruntersuchungsamtes Krefeld lassen befürchten, dass der erste Fall von Geflügelpest nun auch in Deutschland aufgetreten ist. Ein Schnelltest des Amtes bestätigte erste Befürchtungen. Ein endgültiges Ergebnis, ob es sich tatsächlich um die Geflügelpest handelt, wird erst nach sieben Tagen vorliegen.</p> <p>Der betroffene Mastbetrieb hat einen Bestand von rund 32.000 Masthähnchen, der Bestand muss vollständig getötet werden. Die Behörden haben erste Sperrmaßnahmen getroffen. Die Polizei sperrt die Straßen um das Gehöft im Ein-Kilometer-Bereich weiträumig ab, die Feuerwehr hat eine Desinfektionsschleuse am betroffenen Betrieb eingerichtet. Im 1000-Meter-Bereich rund um das betroffene Gehöft müssen alle Geflügelbestände getötet werden. Bekannt sind dem Veterinäramt des Kreises Viersen sieben, allerdings wesentlich kleinere Geflügelhalter. (...)</p>
2003 Nov.	Israel	Babymilch-Humana	<p>Nach dem Tod von drei Babys in Israel ermitteln die dortige Polizei und zwei Geheimdienste gegen den deutschen Hersteller Humana. Hergestellt wird "Remedia" aber von der "Humana Milchunion eG" in Everswinkel (Nordrhein-Westfalen). Ihr wird nun von den israelischen Behörden vorgeworfen, das Milchpulver enthalte kein Vitamin B1 (für die Entwicklung des Nervensystems). Ein Vertreter von Remedia sagte am 11.11.2003, Humana habe die Rezeptur von sich aus geändert. Die Firma habe den künstlichen Vitaminsatz B1 entfernt, weil man der Meinung gewesen sei, dass die natürlichen Spurenelemente des</p>

			<p>Vitamins in den Sojabohnen ausreichend seien. Gegen die Firma Remedia wurden inzwischen Privatklagen in Höhe von umgerechnet mehr als 200 Million Euro eingereicht.</p>
2003 Dez.	USA	BSE	<p>Washington (Reuters) - Die erste an der Rinderseuche BSE erkrankte Kuh, die in den USA entdeckt wurde, stammt nach offiziellen Angaben aus Kanada. DNA-Tests hätten ergeben, dass die Holstein-Kuh von einem Hof aus der kanadischen Provinz Alberta stamme, sagte US-Chefveterinär Ron DeHaven am Dienstag. Sein kanadischer Kollege Brian Evans sagte, knapp 100 Tiere aus der betroffenen kanadischen Herde seien in die USA transportiert worden. 80 oder 81 Rinder der Herde seien im September 2001 in die USA gebracht worden. Eine zweite Gruppe von 17 Tieren sei dann später in die USA transportiert worden. Eine kleine Zahl weitere BSE-Fälle sei nicht auszuschließen, sagte Evans.</p>
2004	Asien/ USA	Geflügelpest „Vogelgrippe“	<p>Die Geflügelpest grassiert in ostasiatischen Ländern. Millionen Hühner wurden deshalb bereits getötet..</p> <p>Januar 2004: Bei Menschen ist die Krankheit bislang nur in Vietnam und Thailand aufgetreten. Aus fünf chinesischen Regionen wurden mehrere Verdachtsfälle von Geflügelpest bei Hühnern gemeldet. Auch in der entlegenen Provinz Xinjiang im äußersten Nordwesten soll die Krankheit erstmals aufgetreten sein. Angesichts der in Asien grassierenden Vogelgrippe verhängte die EU einen Importstopp für Geflügel aus den Risikoländern Asiens. Japan als größter Abnehmer verhängte auch einen Importstopp. Die WHO untersucht noch, ob inzwischen auch eine Übertragung des Erregers von Mensch zu Mensch möglich ist. Geflügelpest - auch als "Vogelgrippe" bezeichnet - kann nach Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu einem größeren Problem werden als die Lungenseuche SARS. "Wenn der Virus die Fähigkeit entwickelt, sich von Mensch zu Mensch zu übertragen, dann droht eine gewaltige Gesundheitskrise", sagte WHO-Koordinator Peter Cordingley in der philippinischen Hauptstadt Manila.</p> <p>Februar 2004: Vogelgrippe grassiert auch in den USA. Nach dem Nachweis der Vogelgrippe auf einer Geflügelfarm im US-Bundesstaat Delaware haben mehrere asiatische Länder einen Einfuhrstopp für Geflügel aus den USA verhängt. Bei dem auf einer Farm nachgewiesenen Virus handelt es sich laut Behörden um einen für Menschen ungefährlichen Erreger, der nicht mit dem Virenstamm H5 identisch ist, der für die Vogelgrippe in Asien verantwortlich ist. Die 12.000 Hühner des Betriebs wurden notgeschlachtet.</p> <p>Februar 2004: Vogelgrippe nun auch in Japan Führender Geflügelunternehmer verkaufte trotz Epidemie weiter Hühner und Eier Tokio - Als zehntes Land in Asien ist jetzt auch Japan von der Vogelgrippe betroffen. Landwirtschaftsminister Yoshiyuki Kamei teilte am Sonntag (29.02.2004) in Tokio mit, dass in Tests eine Variante des H5-Erregers nachgewiesen worden sei. Der Minister kritisierte einen führenden Geflügelunternehmer, auf dessen Farm im Südwesten Japans in der vergangenen Woche 67.000 von 200.000 Hühnern gestorben sind. Dennoch habe Hajimu Asada weiter Hühner und Eier verkauft, ohne die Behörden zu alarmieren, sagte der Minister. Der Vorfall sei auch deswegen besonders ärgerlich, weil Asada der stellvertretende Vorsitzende des Verbands der Geflügelzüchter sei.</p> <p>März 2004: (Stg. Nachrichten, 22.03.2004) Die Vogelgrippe hat in Asien mittlerweile 24 Menschen das Leben gekostet. In Vietnam ist ein Zwölfjähriger an dem gefährlichen Geflügelpesterreger H5N1 gestorben. Damit erlagen in Vietnam mittlerweile mindestens 16 Menschen der Viruskrankheit, in Thailand 8. Nach Unos-Schätzungen sind in Asien etwa 100 Millionen Tiere an der Seuche gestorben oder getötet worden.</p> <p>September 2004: In Thailand (29.09.2004) ist das Vogelgrippe-Virus nach Angaben der Regierung und der Weltgesundheitsorganisation WHO vermutlich erstmals von Mensch zu Mensch übertragen worden. Sollte sich der Verdacht bestätigen, dass eine verstorbene 26-Jährige sich bei ihrer elfjährigen Tochter infizierte, wäre dies die erste offiziell belegte Ansteckung von Mensch zu Mensch. Vogelgrippe war früher eine Krankheit, die nur Geflügel befiel. Seit sieben Jahren ist belegt, dass sich auch Menschen über die Tiere infizieren können. Die Todesrate ist deutlich höher als bei einer normalen Grippe, wie Europa sie alle Jahre erlebt. Von den 39 im Labor nachgewiesenen Vogelgrippen-Infektionen in diesem Jahr führten 29 zum Tod. Neue Beunruhigung löst jetzt die Nachricht von der Thailänderin aus, die sich bei der Tochter angesteckt haben soll. Das wäre eine völlig neue Qualität. Wenn sich das Vogelgrippe-Virus nicht mehr nur vom Huhn auf den Menschen überträgt, sondern vom Menschen auf den Menschen, stiege die Infektionsgefahr dramatisch an. Bisher konnten sich Reisende in Asien schützen, indem sie Geflügelmärkte und Bauernhöfe mieden. Auch in den betroffenen Ländern selbst konnte die Ausbreitung kontrolliert werden, indem große Geflügelbestände vernichtet wurden. Wenn nun das Vogelgrippe-Virus von Mensch zu Mensch übertragbar ist – so wie die normale Grippe – stände ihrer schnellen und weltweiten Ausbreitung nichts mehr im Wege. Die offizielle Bezeichnung für das Vogelgrippe-Virus lautet H5N1. Das Erbmateriale der menschlichen und der tierischen Vogelgrippe-Viren</p>

			<p>unterscheidet sich deutlich. Das ist auch der Grund dafür, dass bisher noch kein Mensch, der sich mit einem Vogelvirus infizierte, eine Infektionskette bei seinen Mitmenschen in Gang setzen konnte. Trotzdem hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schon Ende Januar 2004 gewarnt: Wenn es der Vogelgrippe eines Tages gelänge, sich von Mensch zu Mensch weiterzuverbreiten, drohe eine seuchenartige Verbreitung der Infektionskrankheit, die Zahl der Todesopfer könnte in die Millionen gehen.</p> <p>Ist dieser Tag gekommen? Das Szenario der WHO war, aus dem Verantwortungsbewusstsein dieser obersten Gesundheitsbehörde heraus, ein Worst-Case-Szenario. Die WHO wollte keine Panik schüren. Doch zwei Eigenschaften aller Grippeviren können für die Menschheit gefährlich werden: Ihr Hang zum Versteckspiel, zur immer wieder neuen „Verkleidung“ ihrer Oberfläche. Kleine Veränderungen der Erbinformation machen es nötig, dass in jeder Saison auch der Impfstoff erneut maßgeschneidert und in großen Mengen hergestellt werden muss. In diesem Wettlauf hinkt der Mensch zeitlich immer hinterher. Das zweite Problem besteht darin, dass die Erbinformationen der Influenza-Viren in viele kleine Segmente unterteilt sind. Infiziert sich ein Lebewesen gleichzeitig mit zwei Subtypen aus der großen „Familie“ der Grippe-Viren, so können durch Austausch und Kombination der Elemente Viren mit neuartigen Eigenschaften entstehen. Das könnte auch geschehen, wenn Schweine, die für menschliche und Vogel-Viren anfällig sind, sich gleichzeitig mit beiden infizieren. Das Immunsystem kennt die „Neuen“ noch nicht. Es hat keine Waffen gegen sie geschmiedet. Bisher sind das nur Befürchtungen. Auch im jetzigen Fall aus Thailand ist noch nicht endgültig wissenschaftlich bewiesen, dass eine Übertragung von Mensch zu Mensch vorliegt. Alle Familienmitglieder könnten sich jeweils einzeln bei Tieren infiziert haben.</p> <p>Selbst wenn in diesem Fall eine Übertragung von Mensch zu Mensch bestätigt werden sollte, bestände noch eine Chance, dass es nicht zu einer Pandemie unter Menschen kommt, hieß es jetzt bei der WHO. Vogelviren können nämlich im Einzelfall vom Tier auf den Menschen überspringen, ohne dass damit eine wirkliche Infektionskette beginnt. Schon 1997 sind im Blut von Pflegern, die sich um Vogelgrippe-Opfer bemühten, Antikörper festgestellt worden, ohne dass sie weitere Personen infizierten.</p> <p>Bis auf weiteres hält es auch Susanne Glasmacher, Sprecherin des Robert-Koch-Instituts, für wahrscheinlich, dass es sich auch diesmal um eine solche Sackgasse handelt. In Einzelfällen könnte das Virus dann von Mensch zu Mensch überspringen, es hat sich aber noch nicht so weit verändert, dass es jeden Menschen befallen kann. Gefährlich würde es erst, wenn sich jetzt in den detaillierten Laboruntersuchungen herausstellen sollte, dass das Virus sich schon massiv verändert und dem menschlichen Umfeld „optimal“ angepasst hat. Die WHO mahnte schon im Frühjahr die schnelle Entwicklung eines Impfstoffs für diesen Fall an. In den USA sind die Forschungen zu dessen gentechnischer Herstellung im Gange.</p> <p>Grippe-Pandemie: Fachleute befürchten nach dem Auftreten der Vogelgrippe in mehreren asiatischen Ländern jetzt eine neue tödliche Grippe-Pandemie, also eine in weiten Teilen der Welt gleichzeitig auftretende Epidemie. Drei bis vier Mal pro Jahrhundert treten solche Grippewellen normalerweise auf. Die Spanische Grippe von 1918/19 kostete schätzungsweise 40 bis 50 Millionen Menschen das Leben. Bei weiteren Pandemien 1957 und 1968 gab es geringere Opferzahlen.</p>
2004	Griechenland/ Italien/ Spanien	Mittelmeer-Muscheln	<p>Mai 2004: Tropenmediziner warnen vor Mittelmeer-Muscheln. Nach Angaben des Münchener Tropeninstituts enthält ein großer Teil der Muscheln aus dem Mittelmeer Hepatitis A Viren. 20 Prozent der Muscheln seien sogar 'hochinfektiös'. Die Mediziner raten daher jedem, der gerne diese Schalentiere verspeist, sich gegen Gelbsucht impfen zu lassen, bevor sie ans Mittelmeer fahren. Gutes Abkochen bei Temperaturen über 70 Grad würden die Erreger allerdings auch töten.</p> <p>Die neuen Forschungsergebnisse, die unter anderem aus Studien aus Italien, Spanien und Griechenland bestehen, erklären nach Angaben von Professor Thomas Löscher, warum Hepatitis A in Deutschland besonders nach den Ferien auftritt.</p> <p>Die in der Studie untersuchten Muscheln stammten aus fünf Regionen Südtaliens. Drei Jahre haben italienische Forscher dort die Qualität von Muscheln auf Fischmärkten untersucht. Nach Angaben des Tropeninstitutes sind allerdings nicht nur Miesmuscheln aus Italien verunreinigt. Andere Studien hätten entsprechende Befunde für solche Meeresfrüchte aus Griechenland und Spanien geliefert.</p>

2004	Niederlande/ Deutschland/ EU	Dioxin im Tierfutter	<p>Schliessung von Bauernhöfen wegen Dioxin im Tierfutter - Die Niederlande am stärksten betroffen (5.11.2004, Neue Zürcher Zeitung, dpa/Reuters)</p> <p>Die niederländischen Gesundheitsbehörden haben nach der Entdeckung von mit Dioxin versetztem Tierfutter 162 Bauernhöfe gesperrt. Wie ein Sprecher des Landwirtschaftsministeriums in Den Haag mitteilte, dürfen seit Donnerstag von diesen Höfen keine Schweine, Rinder, Schafe oder Ziegen mehr verkauft oder zum Schlachten gebracht werden. Bereits am Mittwoch waren in den Niederlanden und Belgien Höfe geschlossen worden, nachdem bei einer Routinekontrolle von Kuhmilch das als krebserregend geltende Dioxin festgestellt worden war. In Nordrhein-Westfalen sind ebenfalls drei Höfe gesperrt worden, die mit verseuchtem Tierfutter beliefert worden waren.</p> <p>Laut dem niederländischen Landwirtschaftsministerium wurde das Dioxin in den als Futter verwendeten Kartoffelschalen eines niederländischen Herstellers von Pommes frites entdeckt. Erste Untersuchungen ergaben, dass das Dioxin aus Kaolin-Tonerde stammt, die in der Fabrik bisher beim Sortieren der angelieferten Kartoffeln genutzt worden war. Wie der Staatssekretär im deutschen Bundeslandwirtschaftsministerium, Alexander Müller, am 4.11.2004 in Berlin mitteilte, sei es unwahrscheinlich, dass sich das Dioxin in Fleisch oder Milch in einem für Menschen gefährlichen Masse angereichert habe, weil die aus Rheinland-Pfalz stammende Tonerde in dem Betrieb in den Niederlanden erst seit Anfang August eingesetzt werde. Nach Angaben der nordrhein-westfälischen Verbraucherschutzministerin Bärbel Höhn ist es nun wichtig zu klären, weshalb wieder Kaolinit aus Rheinland-Pfalz in Futtermitteln auftaucht, obwohl die dortigen Behörden nach einem ähnlichen Skandal vor einigen Jahren diesen Lehm für solche Zwecke verboten hatten.</p> <p>Dioxin: NRW-Höfe wieder freigegeben Zulässige Dioxin-Werte nicht mehr überschritten</p> <p>Die fünf in Nordrhein-Westfalen wegen zu hoher Dioxinwerte in Futtermitteln gesperrten Rindermastbetriebe sind wieder freigegeben worden. Das gab NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn am Donnerstag (18.11.04) bekannt.</p>														
2004	Deutschland	BSE	<p>Bestätigte BSE-Fälle in Deutschland (Stand: 31.12.2004)</p> <p>Im Zeitraum 01.01.2001 bis 31.12.2004 wurden in Deutschland insgesamt 10.978.139 Rinder auf BSE untersucht. Bis Ende des Jahres 2004 wurden 357 Fälle von BSE amtlich festgestellt.</p> <p><i>Bestätigte BSE-Fälle in Deutschland:</i></p> <table border="1" data-bbox="655 1099 852 1294"> <thead> <tr> <th>Jahr</th> <th>Anzahl der Fälle</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>2000</td> <td>7</td> </tr> <tr> <td>2001</td> <td>125</td> </tr> <tr> <td>2002</td> <td>106</td> </tr> <tr> <td>2003</td> <td>54</td> </tr> <tr> <td>2004</td> <td>65</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td>357</td> </tr> </tbody> </table>	Jahr	Anzahl der Fälle	2000	7	2001	125	2002	106	2003	54	2004	65	Gesamt	357
Jahr	Anzahl der Fälle																
2000	7																
2001	125																
2002	106																
2003	54																
2004	65																
Gesamt	357																
2005	Deutschland	Freiland Eier mit Dioxin belastet	<p>Hamburg (dpa - 16. Januar 2005) - In mehreren Bundesländern sind Freiland Eier mit überhöhten Mengen Dioxin verkauft worden. Das berichtet die «Bild am Sonntag». Betroffen sind demnach Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern. Aus vielen Ländern gebe es keine Befunde, weil dort nicht kontrolliert werde, so das Blatt. Dioxin gilt als Krebs erregendes Gift. Die Eier sollen den seit Jahresbeginn geltenden EU-Grenzwert deutlich überschritten haben. Die Freilandhühner nehmen das Gift durch ständiges Picken aus dem Boden auf, schreibt die «BamS». Der Zeitung zufolge ist bei Freiland Eiern die Dioxinbelastung generell um das 2,5fache höher als bei Eiern aus Käfighaltung. Käfigeier lägen zu mehr als 99 Prozent unter dem EU-Grenzwert. Für Baden-Württemberg teilte das Veterinäruntersuchungsamt Freiburg nach Stichproben mit, dass in den vergangenen vier Jahren sieben Prozent aller Bio- und Freiland Eier im Handel zu viel Dioxin enthielten. Zudem haben Messungen in Bayern ergeben, dass in den vergangenen zwei Jahren mehr als 20 Prozent der Freiland Eier den heutigen EU-Dioxin-Grenzwert überschritten. In Niedersachsen hätten sogar 28 Prozent über den drei Pikogramm gelegen.</p> <p>Laut Verbraucherschutzministerin Renate Künast besteht beim Verzehr solcher Eier zwar keine akute Gesundheitsgefahr. Dioxin reiche sich aber im Fettgewebe an und gehöre nicht in Lebensmittel. Sie habe in Brüssel lange gekämpft für den Grenzwert von drei Pikogramm Dioxin pro Gramm Fett (entspricht dreibillionstel Gramm), betonte Künast. Jetzt seien die Bundesländer verpflichtet, die Einhaltung dieses Wertes zu kontrollieren. Eier, deren Dioxingehalt darüber liege, müssten vom Markt genommen und vernichtet werden.</p>														
2005	Japan	Rinderwahn beim Menschen	<p>Erster Fall von Rinderwahn beim Menschen in Japan (ZDF-Teletext: 4.02.2005).</p> <p>Japan hat die landesweit erste Erkrankung eines Menschen an einer Rinderwahn-Variante bestätigt. Die Krankheit sei wahrscheinlich durch den Verzehr von infiziertem Rindfleisch übertragen worden, berichtete die Nachrichtenagentur Kyodo unter Berufung auf Vertreter des Gesundheitsministeriums.</p> <p>Mehr als 140 Menschen sind weltweit nachweislich oder wahrscheinlich an einer bestimmten Form der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit gestorben, nachdem sie BSE-verseuchtes Fleisch gegessen hatten. Die meisten von ihnen waren Briten.</p>														

2005	Deutschland	Frischfleisch - gefälschte Etiketten (Haltbarkeitsdatum)	Hannover/Mönchengladbach, Kölner Stadt- Anzeiger „www.ksta.de“ - Der Skandal um gefälschte Etiketten bei Supermarkt-Frischfleisch in Niedersachsen weitet sich aus. Zusätzlich zu den zwei bekannten „real“-Filialen in Hannover seien zwei weitere Märkte dieser Kette im Visier der Justiz, sagte der Sprecher der zuständigen Staatsanwaltschaft Oldenburg, Bernard Südbek am Mittwoch (9.03.2005). Es handele sich um Filialen in Minden (Nordrhein-Westfalen) und in Südniedersachsen. Einzelheiten könne er wegen der laufenden Vernehmungen von Zeugen nicht nennen.
2005	Deutschland	Rinderseuche - Paratuberkulose	(„Presseportal“ 06.03.2005 - 17:27 Uhr, Landestierärztekammer RLP - Blaubach) Die Datenlage für einen Zusammenhang zwischen dem Erreger der Paratuberkulose "Mycobacterium avium paratuberculosis" - kurz MAP genannt -, der chronischen Darmentzündung Morbus Crohn des Menschen und die Übertragung über Rohmilch, Gemüse und Trinkwasser ist erdrückend. Zur Zeit dürften allein in Deutschland ca.170.000 Menschen betroffen sein. Es bewahrheitet sich die Erkenntnis erfahrener Wissenschaftler, dass die größten Risiken nicht etwa von Rückständen in der Umwelt und in Lebensmitteln ausgehen, sondern von Mikroben. Während man sich in den letzten Jahren sowohl in der Laienpresse als auch von staatlicher Seite oft genug mit großem "Getöse" selbst auf nur hypothetische Risiken hinwies und gelegentlich zu Skandalen aufbauschen, konnte sich die Paratuberkulose weitgehend ungebremst über viele Jahre zur "heimlichen Seuche" in unseren Wiederkäuerbeständen entwickeln. Immer wieder warnten seit dem Ende der 80iger Jahre Human - und Veterinärmediziner vor MAP. Und selbst als ein Wissenschaftler aus Orlando im April 2000 in einer Fachzeitschrift berichtete, er habe MAP in der Muttermilch von an Morbus Crohn erkrankten Frauen nachgewiesen, blieb die Reaktion auf Fachkreis beschränkt. Staatliche und selbst ernannte Verbraucherschützer, Umweltorganisationen, Landes - und Länderministerien erkannten die Brisanz der Entwicklung nicht oder hielten sich aus unbekannter Veranlassung zurück. So ließ das Düsseldorfer Verbraucherschutzministerium NRW - wohl wissend um Morbus Crohn - durch ihr Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd (LEJ) "in aller Stille" die Verbreitung der Paratuberkulose in Nordrhein-Westfalen untersuchen. Gleichzeitig warnte es per Pressemitteilung vor Quecksilber in Taiwanesischem Butterfisch. Kein Sterbenswort der Warnung an Morbus Crohn - Risikogruppen, Rohmilch und Rohmilchkäse zu meiden und Gemüse ausreichend zu erhitzen. Selbst die Tatsache, dass die Niederlande, Schweden und andere Staaten die Paratuberkulose staatlich bekämpften, hinterließ innerhalb der deutschen Grenzen bei den politisch Verantwortlichen wenig Eindruck. Zuletzt in Frühjahr 2003 veranstaltete die Tierärzteschaft in Rheinland-Pfalz zusammen mit der Humanmedizin und Professor Herman-Taylor ein Symposium zu MAP. So wurde wertvolle Zeit verspielt, MAP bei Tieren, in der Umwelt, im Trinkwasser und auf und in Lebensmitteln zurück zu drängen. Erst nachdem jetzt eine große deutsche Sonntagszeitung mit der Schlagzeile "Alarm! Neue Rinderseuche bedroht die Deutschen" das Problem skandalisiert, scheint Bewegung zu entstehen. Dr. Priesmeier, SPD-Agrarpolitiker in "Bild am Sonntag: "Wir dürfen den Kopf nicht länger in den Sand stecken, wir müssen bei möglichen Gefahren unverzüglich handeln. Frau Künast sollte umgehend die Forschung verstärken, damit wir Klarheit über die Gefährdung der Bevölkerung bekommen." Maßnahmen: Ein direkter Einstieg in eine Bekämpfung ist aber offensichtlich immer noch nicht vorgesehen. Für die zweite Jahreshälfte 2005 kündigt das Künast-Ministerium laut Zeitung erste einmal an, ein Testverfahren auszuschreiben, mit dem MAP bei Rindern nachgewiesen werden kann.
2005	Deutschland	Rückstände in LM-Warnsystem	Seit Amtsantritt von Bundeslandwirtschaftsministerin Renate Künast (Grüne) häufen sich die Lebensmittelskandale. Die Ministerin sieht dies als ein Ergebnis der von ihr angestrebten Agrarwende. Diese führe erst dazu, dass Verunreinigungen von Lebensmitteln mit Hormonen, Antibiotika oder anderen verbotenen Stoffen überhaupt aufgedeckt werden. Immer wieder geraten dabei die Tierfutterhersteller ins Zwielficht. Im Winter 2000 hielt die BSE-Krise Deutschland in Atem. Experten gehen davon aus, dass der Rinderwahnsinn über Tiermehl verbreitet wurde, mit dem Rinder und Kühe gefüttert wurden. Per Eilverordnung wurde die Verarbeitung von tierischen Bestandteilen in Tiermehl verboten. Mit Antibiotika verunreinigte Shrimps sorgten im August 2001 für Aufsehen. In der EU ist Chloramphenicol zwar verboten, die Schalentiere waren jedoch aus Südostasien importiert worden, wo das Antibiotikum häufig zur Bekämpfung von Krankheiten und zur Wachstumsförderung eingesetzt wird. Im Januar diesen Jahres tauchten dann erneut mit Antibiotika versetzte Shrimps in Deutschland auf. Diesmal waren sie illegal Tiermehl beigemischt worden und so an sieben deutsche Betriebe gelangt, darunter vier Tierfutterfirmen. Künast drängte erneut auf eine europäisches Schnellwarnsystem, entband wegen Pannen

			<p>im eigenen Haus aber auch zwei Unterabteilungsleiter von ihren Aufgaben. Ende Mai sorgte verseuchtes Futtermittel für einen neuerlichen Skandal. Diesmal wurde das Herbizid Nitrofen in Bio-Fleisch nachgewiesen. Die Erzeuger hatten ihre Tiere mit Futter des Herstellers GS Agri gefüttert, der wiederum das Getreide dafür von einem Unternehmen im mecklenburgischen Malchin bezog. Dort waren die Herbizid-Rückstände offenbar mit dem Weizen vermischt worden.</p> <p>Parallel tauchten erneut mit Antibiotika verseuchte Lebensmittel aus Asien auf, diesmal ging es um den Stoff Nitrofurantoin. Auch in Geflügel aus Brasilien wurde das in Europa verbotene Antibiotikum entdeckt.</p>																
2005	Deutschland	BSE	<p>BSE-Verdacht erstmalig bei nach Verfütterungsverbot von Tiermehl geborenem Rind bestätigt (Pressemitteilung Nr. 86 vom 7. April 2005 - BMVEL-Pressestelle).</p> <p>Erstmals ist in Deutschland BSE bei einem Rind nachgewiesen worden, das nach dem Verfütterungsverbot vom Dezember 2000 geboren wurde. Das im Mai 2001 geborene Tier war im Rahmen des BSE-Monitorings untersucht worden. Die BSE-Diagnose wurde durch das Friedrich-Loeffler-Institut abschließend bestätigt.</p> <p>"Damit ist eingetreten, was alle befürchtet haben, was aber letztendlich zu erwarten war: Das Verfütterungsverbot ist zwar im Dezember 2000 in Kraft getreten, aber möglicherweise nicht überall umgehend vollständig umgesetzt worden," kommentiert der Staatssekretär im Bundesverbrauchermministerium Alexander Müller den Fall.</p> <p>Er sieht sich darin bestätigt, bisher zurückhaltend auf die allgegenwärtigen Forderungen nach Lockerung von BSE-Schutzmaßnahmen reagiert zu haben. "Wir haben immer betont, dass wir hier nicht automatisch dem Kalender folgen werden, sondern den Erfolg der Schutzmaßnahmen - und hier im Zentrum das Verfütterungsverbot - erst durch einen Rückgang der Fallzahlen erkennen wollen. Der erste Fall eines Rindes, das nach dem Verbot geboren wurde zeigt, dass es hier eine deutliche Zeitverzögerung gegeben haben kann, bis die Schutzmaßnahmen greifen."</p> <p>Müller sieht im Verlauf der Jahre 2005 und 2006 erstmals die Möglichkeit, seriös die Wirksamkeit der Schutzmaßnahmen anhand der Fallzahlenentwicklung zu überprüfen. Vorrang müsse wie bisher der Verbraucherschutz haben, der dem ganzen Schutzsystem zu Grunde liegt.</p> <p>Im Zeitraum 01.01.2001 bis 31.12.2005 wurden in Deutschland insgesamt 389 Fälle von BSE amtlich festgestellt.</p> <p><i>Bestätigte BSE-Fälle in Deutschland:</i></p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Jahr</th> <th>Anzahl der Fälle</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>2000</td> <td>7</td> </tr> <tr> <td>2001</td> <td>125</td> </tr> <tr> <td>2002</td> <td>106</td> </tr> <tr> <td>2003</td> <td>54</td> </tr> <tr> <td>2004</td> <td>65</td> </tr> <tr> <td>2005</td> <td>32</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td>389</td> </tr> </tbody> </table>	Jahr	Anzahl der Fälle	2000	7	2001	125	2002	106	2003	54	2004	65	2005	32	Gesamt	389
Jahr	Anzahl der Fälle																		
2000	7																		
2001	125																		
2002	106																		
2003	54																		
2004	65																		
2005	32																		
Gesamt	389																		
2005	Asien/ Russland/ UNO-New York/ Europa/ Kolumbien	Vogelgrippe	<p>Die ersten Fälle einer Infektion mit dem Vogelgrippe-Virus H5N1 in Russland traten im Juli in Westsibirien auf.</p> <p>Seitdem hat sich die Krankheit auf fünf weitere Provinzen ausgedehnt, darunter auch auf den Ural, die Gebirgsscheide zwischen Asien und Europa. Bislang waren aber nur kleinere landwirtschaftliche Betriebe betroffen.</p> <p>Es wird vermutet, dass Stockenten und Tafelenten den Erreger von Südostasien nach Russland gebracht haben. Die Umweltorganisation WWF warnte, der legale wie auch illegale Import von bedrohten Vogelarten könne dazu führen, dass die Vogelgrippe nach Europa eingeschleppt werde. Eine Ansteckung durch Zugvögel hält die Organisation dagegen für gering.</p> <p>Annan ernannt Koordinator im Kampf gegen Vogelgrippe (New York, Sept. 2005)</p> <p>Bei einer Grippe-Pandemie könnten nach Einschätzung eines führenden Experten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) weltweit zwischen fünf und 150 Millionen Menschen ums Leben kommen. Die Zahl der Opfer hänge davon ab, welche Massnahmen jetzt gegen die sich in Asien ausbreitende Vogelgrippe unternommen würden, sagte Doktor David Nabarro. Er äusserte sich kurz nach seiner Ernennung zum UN-Koordinator im Kampf gegen die Vogelgrippe durch UN-Generalsekretär Kofi Annan.</p> <p>Nabarro war schon bislang der oberste Krisenmanager der WHO. Er erklärte, die Pandemie könne jederzeit ausbrechen. Ausgehen wird sie nach Ansicht von Nabarro von einer Mutation des gefährlichen H5N1-Erregers der Vogelgrippe, der derzeit in Asien grassiert. Bislang sind dort mindestens 63 Menschen an der Krankheit gestorben und Millionen Tiere verendet oder getötet worden. Die WHO hat bereits davor gewarnt, dass der Erreger mutieren und eine weltweite Epidemie auslösen könnte. Diese Gefahr dürfe nicht ignoriert werden, sagte Nabarro.</p> <p>Die Vogelgrippe hat Rumänien und die westliche Türkei erreicht (Oktober 2005). Beide Länder reagierten mit einem Großalarm der Sicherheitskräfte</p>																

			<p>und der Gesundheitsbehörden. Militärpolizei riegelte die betroffenen Dörfer ab, alles Geflügel dort wurde vernichtet, und auch die in beiden Ländern allgegenwärtigen Straßenhunde wurden gefangen und eingeschläfert.</p> <p>Die Gesundheitsbehörden identifizierten das Virus als zur H5-Gruppe gehörend, es ist nicht geklärt, ob es sich um die tödliche Variante H5N1 handelt, der weltweit bislang rund 60 Menschen zum Opfer gefallen sind. Ansteckung erfolgt vor allem durch Kontakt mit lebenden, kranken Tieren, aber Wissenschaftler fürchten, daß das Virus mutieren und gefährlicher werden könnte.</p> <p>In Rumänien wurde bei drei verendeten Zuchtenten das H5N1-Virus zunächst als Todesursache festgestellt, aber nur weil man in den verendeten Tieren entsprechende Antikörper gefunden hatte. Am 9.10.2005 war das Virus selbst immer noch nicht gefunden, was Wissenschaftlern zufolge bedeutet, daß es sich möglicherweise um eine weniger virulente Variante handeln könnte. Außerdem stellte sich heraus, daß die Enten zwar die Vogelgrippe-Antiviren hatten, aber nicht an einer solchen Infektion gestorben waren. Die eigentliche Todesursache blieb noch ungeklärt. In einem Nachbardorf wurden am 5.10.2005 500 Hühner vernichtet, weil auch dort Fälle von Vogelgrippe vermutet wurden.</p> <p>Der Chef des Nationalen Instituts für Tiergesundheit, Stefan Nicolae, äußerte die Vermutung, daß Zugvögel die Krankheit aus Rußland eingeschleppt hätten. Eine endgültige Bestätigung, daß es sich wirklich um das H5N1-Virus handelt, hängt von Labortests in London ab. Derweil begannen die Behörden, Tausende Menschen in der betroffenen Region Tulcea am Donaudelta zu impfen. Jagd und Fischerei wurden in acht Landkreisen des Gebietes streng untersagt.</p> <p>In der Türkei teilte das Landwirtschaftsministerium mit, daß die Krankheit auf einer Truthahnfarm an der Ägäischen Küste ausgebrochen sei, etwa 250 Kilometer südlich von Istanbul. Alle Vögel, die nicht an der Krankheit gestorben seien, wurden vernichtet, aber nur die Gesamtzahl von 2000 Vögeln wurde von den Behörden mitgeteilt. Unklar blieb, wie viele davon durch die Krankheit starben, die den Behörden zuerst am 5.05.2005 gemeldet wurde. Am 6.10.2005 wurden alle Vögel der betroffenen Farm vernichtet, am Freitag kam dann die Bestätigung, daß es sich um die Vogelgrippe handelte, und am 9.10.2005 wurde die Öffentlichkeit informiert. Das Ministerium gab bekannt, die Lage sei "völlig unter Kontrolle". Dagegen sagte der Besitzer der Farm nach Angaben der Nachrichtenagentur Anatolia, ihn selbst hätte noch niemand auf eine etwaige Infektion untersucht, und er habe Angst, sich seiner Familie zu nähern. Am 13.10.2005 wurde mitgeteilt, daß bei verendeten Tieren leider das H5N1-Virus entdeckt wurde.</p> <p>Vogelgrippe-Virus in Kolumbien entdeckt (Oktober 2005).</p> <p>In Kolumbien sind erste Fälle von Vogelgrippe aufgetreten. In der zentralen Provinz Tolima ist in einer Region mit zahlreichen Hühnerfarmen das Virus H9 festgestellt worden.</p> <p>Dieses sei jedoch weniger gefährlich als der in Asien und möglicherweise auch in Russland und Osteuropa grassierende Virus-Typ, teilten die Behörden mit. Die betroffenen Betriebe seien unter Quarantäne gestellt worden, um die Ausbreitung der Krankheit zu verhindern.</p> <p>Im Vergleich zum dem für den Menschen besonders gefährlichen H5N1-Virus handelt es sich bei dem H9-Virus um einen weniger gefährlichen Erreger, der aber ebenfalls die Fähigkeit besitzt, den Menschen zu befallen.</p> <p>Da die erkrankten Tiere nicht unbedingt sterben, bleibt das Virus jedoch leicht unbemerkt und verbreitet sich dadurch leichter. Oft würden keine Schutzmassnahmen ergriffen, und das Virus könne so eher auf den Menschen überspringen.</p> <p>Nach dem Nachweis des hochpathogenen H5-Virus bei einem Papagei aus Surinam/Südamerika in einer Quarantänestation in Großbritannien (Oktober/2005), fordert Bundesminister Jürgen Trittin Handelsbeschränkungen bei den Wildvogelimporten in die Europäische Union.</p> <p>"Der internationale Handel mit Wildvögeln geschieht zum Teil auf Wegen, die nicht sehr übersichtlich sind. Deshalb können diese Importe ein potentielles Einfallstor für Vogelgrippeviren sein," so Trittin heute in Berlin.</p> <p>Am nächsten Dienstag tagen die Sachverständigen in Brüssel zur aktuellen Situation bei der Vogelgrippe. Dabei soll die Forderung nach einem Importstopp durch die deutschen Experten zur Diskussion gestellt werden.</p> <p>Eilverordnung Vogelgrippe vom 19. Oktober 2005</p> <p>Bundesminister Jürgen Trittin hat eine Eilverordnung unterschrieben, die für das gesamte Bundesgebiet die Aufstallung von Geflügel (Haltung in Ställen) anordnet. Sie tritt am 22. Oktober in Kraft. Grundlage dieser Entscheidung ist eine veränderte Risikolage, nachdem die EU-Kommission das Bundesverbraucherministerium in Kenntnis gesetzt hat, dass die russischen Behörden einen Ausbruch mit dem Virus H5N1 ca. 200 km südlich von Moskau bestätigt haben. Mit diesem Ausbruch ändert sich die Risikoeinschätzung der Wissenschaftler des Friedrich-Loeffler-Institutes. Während bisher das Risiko eines Eintrages durch Zugvögel als gering bis mäßig bezeichnet wurde, wird es jetzt als mäßig bis hoch eingeschätzt.</p>
2005	Deutschland	Fleischskandal	<p>Fleischabfälle im Essen (Oktober 2005).</p> <p>In Europa bahnt sich ein neuer Lebensmittelkandal an: In den letzten zwei Jahren wurden mehr als 1700 Tonnen Schlachtereier-Abfälle illegal für die Lebensmittelproduktion verwendet. Noch ist unklar, in welchen Produkten die</p>

		<p>Fleischreste in den Handel kamen. Wahrscheinlich gelangten sie in Fertiggerichte und wurden für die Herstellung von Gelatine benutzt. Sicher ist, dass nicht nur Deutschland betroffen ist. Dies ergaben Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Memmingen und des Zolls gegen eine bayerische Firma. Die Geflügelgerippe und Teile vom Schwein hätten nach EU-Recht ausschließlich als Tierfutter verkauft werden dürfen, berichtet das Magazin Stern. Ein Insider bezeichnet derartige Geschäfte als üblich: "Die ganze Branche lebt damit."</p> <p>Unternehmer soll tonnenweise gefrorenes Geflügelfleisch aufgetaut und dann als Frischfleisch verkauft haben (November 2005) HANNOVER taz Nach den Hackfleisch-Liebhabern trifft es auch die Freunde des tiefgefrorenen Geflügels: In einem weiteren Aus-alt-mach-frisch-Skandal hat die Staatsanwaltschaft Oldenburg in einem Betrieb im niedersächsischen Landkreis Cloppenburg mehrere Tonnen Geflügelfleisch beschlagnahmt. Gegen den 43 Jahre alten Inhaber des Unternehmens ermittelt sie wegen des Verdachts des gewerbsmäßigen Betruges und Verstoßes gegen das Lebensmittelgesetz. In seinem Betrieb soll tiefgefrorenes Geflügelfleisch aufgetaut und dann als Frischfleisch an den Handel geliefert worden sein. Nach Angaben von Grudrun Groskopf, Sprecherin der Oldenburger Staatsanwaltschaft, soll der Betrieb zudem vom Handel zurückgegebenes Tiefkühlfleisch aufgetaut, umgepackt und mit neuem Haltbarkeitsdatum wieder eingefroren haben. Beliefert wurden neben dem Lebensmittelhandel auch Fleisch verarbeitende Betriebe. Bei einer Durchsuchung wurden neben dem Fleisch auch zahlreiche Unterlagen beschlagnahmt, mit denen jetzt die Lieferungen aus dem Betrieb in Lastrup im Kreis Cloppenburg rekonstruiert werden. In dem Skandal um neu verpacktes, aber altes Hackfleisch bei der Supermarktkette "Real" haben die Oldenburger Ermittler, die in Niedersachsen zentral für Verstöße gegen das Lebensmittelrecht zuständig sind, unterdessen vier Strafbefehle beim Amtsgericht Hannover beantragt. Einem für Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zuständigen ehemaligen Bezirksleiter für Fleischwaren von "Real" legen sie zur Last, das Neuverpacken von abgelaufenem Hackfleisch angeordnet zu haben. Die Behörde verlangt dafür eine neunmonatige Bewährungsstrafe. Für zwei Metzgermeister und einen -gesellen hat die Staatsanwaltschaft Geldstrafen zwischen 1.000 und 5.000 Euro beantragt. Fünf Ermittlungsverfahren gegen ehemalige "Real"-Mitarbeiter wurden eingestellt, vier weitere laufen noch.</p> <p>30. November 2005 Die Bundesregierung hat im Skandal um den Handel mit verdorbenem Fleisch ein hartes Durchgreifen angekündigt. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte in ihrer Regierungserklärung im Bundestag, die Regierung werde so lange nicht ruhen, „bis wir alle Schwachstellen beseitigt haben, von der Eigenkontrolle der Wirtschaft über die Koordinierung mit den Ländern bis hin zur konsequenten Strafverfolgung“. Da gebe es „null Toleranz“, sagte Merkel. Verbraucherschutzminister Horst Seehofer (CSU) stellte danach in Berlin ein „Zehn-Punkte-Sofortprogramm“ vor, auf das sich Bund und Länder geeinigt haben</p> <p>1. Verbesserung des Informationsflusses: Für die Bewältigung derartiger Vorfälle und der daraus erwachsenden Ansprüche an die Kommunikation mit der Öffentlichkeit, den Mitgliedsstaaten der EU, der EU-Kommission und mit Drittstaaten, ist ein verlustarmer und schneller Informationsaustausch zwischen den Landesbehörden und den Bundesbehörden notwendig. Dazu soll das vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) bereitgestellte EDV-System FIS-VL für die Dokumentation der Erkenntnisse in diesem Fall, aber auch in möglichen vergleichbaren künftigen Fällen ab sofort bereit gestellt werden. „Bei "FIS-VL" handelt es sich um eine Art elektronische Akte, in die Daten gemeldet werden. Das BVL wird die Daten täglich auswerten und zusammenfassen und dem BMELV sowie den Ländern zur Verfügung stellen.</p> <p>2. Meldepflichten: Die Meldepflichten in der VO (EG) 178/2002 sollen ausgeweitet werden. Und zwar auf Lebensmittelunternehmer, denen unsichere Lebensmittel angeboten werden und die solche Lebensmittel zurückweisen. Die Bundesregierung wird sich auf europäischer Ebene für eine entsprechende Änderung der Verordnung einsetzen.</p> <p>3. Rückverfolgbarkeit Für so genanntes Kategorie 3-Material (aus lebensmitteltauglichen Ausgangsmaterialien stammende, aber nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte Produkte) muss die Dokumentation bei Transporten verbessert werden, um die Rückverfolgbarkeit zu gewährleisten und die Umdeklarierung zu Lebensmitteln zu erschweren. Dazu sollen die Abgangs- und Empfangsdokumente künftig zusammengeführt werden.</p> <p>4. Flächendeckende Kühlhausüberprüfung Die Überprüfung aller EU-zugelassenen Kühlhäuser in Deutschland wird kurzfristig abgeschlossen sein. Darüber hinaus kündigen die Bundesländer an, die Überwachungen auf weitere Kühl- und Lagerräume, die an Lebensmittel verarbeitende Betriebe angeschlossen sind, auszuweiten.</p> <p>5. Strafmaß:</p>
--	--	---

		<p>Der geltende Strafrahmen zur Sanktionierung von Verstößen gegen lebensmittelrechtliche und futtermittelrechtliche Bestimmungen muss konsequenter als in der Vergangenheit ausgeschöpft werden. Die Justizbehörden müssen mit geeigneten Maßnahmen (z.B. Fortbildungen) sensibilisiert werden.</p> <p>6. Mitteilungspflicht: Die Kommunikation zwischen Justiz- und Lebensmittelbehörden ist verbesserungsfähig. Deshalb soll die rechtliche Verankerung einer Mitteilungspflicht der Ermittlungsbehörden an Lebensmittelsicherheitsbehörden erfolgen. Die Justizministerkonferenz wird sich in ihrer nächsten Sitzung damit beschäftigen.</p> <p>7. Schwerpunkt-Ermittlungsbehörden: Zur Verbesserung der Ermittlung und der Strafverfolgung sollen Schwerpunkt - Ermittlungsbehörden in den Ländern gebildet werden.</p> <p>8. Risikobewertungen: Um die gesundheitliche Bewertung von Einzelfällen durch die zuständigen Behörden in den Ländern zu erleichtern, wird das BMELV koordinierend das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) rechtzeitig mit den notwendigen Risikobewertungen beauftragen.</p> <p>9. Eigenkontrolle der Wirtschaft: Bundesminister Horst Seehofer wird weiterhin in einem Gespräch mit der Fleischwirtschaft und dem Handel die Wahrnehmung der Eigenkontrollverpflichtungen und deren Verbesserung durch die Wirtschaft selbst erörtern.</p> <p>10. Verbesserung der Lebensmittelkontrollen Weitere Schritte zur Beseitigung krimineller Aktivitäten im Fleischhandel sollen zeitnah, im Januar, auf Einladung des Bundes, mit allen Landesministerien besprochen werden.</p> <p>In den letzten Monaten des Jahres 2005 stellten Lebensmittelkontrolleure bei Routinekontrollen in großem Umfang nicht verkehrsfähiges Fleisch sicher. Teile der bisher beschlagnahmten Ware wurden umetikettiert und waren bereits in den Handel gelangt. Als Konsequenz aus diesen Vorfällen forderte der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), Horst Seehofer, schnelle Schritte aller Beteiligten, um den "schwarzen Schafen" der Fleischwirtschaft das Handwerk zu legen. "Wirtschaftliche Prozesse dürfen sich nicht nur auf Gewinnmaximierung reduzieren. Um das zu vermeiden, sind wir Politiker in der Verantwortung. Wir werden deshalb alles tun, um solch gewissenlosen Machenschaften das Handwerk zu legen," betonte Seehofer in Berlin.</p> <p><u>Maßnahmen:</u></p> <p><i>Länderübergreifende Qualitätssicherung</i> Das BMELV hält neben den länderinternen Qualitätssicherungsmaßnahmen für die Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung eine länderübergreifende Qualitätssicherung für erforderlich. Das BMELV schlägt die Einrichtung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe Auditierung beim BVL vor. Die Arbeitsgruppe soll im ersten Quartal 2006 ein Konzept für eine länderübergreifende Auditierung der Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung erstellen.</p> <p><i>Überprüfung der Kapazitätsausstattung der Behörden</i> Schwachstellen in der Überwachungstätigkeit sollen sicher ausgeschlossen und eine effektiver Einsatz der begrenzten Ressourcen der überwachenden Behörden sichergestellt werden. Dafür soll die Kapazitätsausstattung der Überwachungsbehörden kritisch überprüft werden. Die Länder sollen die Kapazitäten für die Lebens- und Futtermittelüberwachung auf Landes- und kommunaler Ebene kurzfristig erheben und untereinander vergleichen.</p> <p><i>Neuer Entwurf Verbraucherinformationsgesetz</i> Zur Verbesserung des Informationsanspruches gegenüber den Behörden soll baldmöglichst der Entwurf eines Verbraucherinformationsgesetzes vorgelegt werden. Es wird außerdem geprüft, wie die Namensnennung von Firmen, die Verstöße begangen haben, im Rahmen der Informationsmöglichkeiten im Lebensmittel- und Futtermittelgesetz erleichtert werden kann.</p> <p><i>Stufenlose Rückverfolgbarkeit</i> Das System der Rückverfolgbarkeit erlaubt in den meisten Produktbereichen lediglich einen Rückgriff um jeweils eine Stufe. Hier ist zu prüfen, wie eine übergreifende Rückverfolgbarkeit in einem Schritt zu realisieren wäre.</p> <p><i>Preisdumping</i> Um Preisdumping und damit den Preisdruck in der Lebensmittelproduktion zu vermindern, soll zuerst das Verbot, Waren unter dem Einkaufspreis zu veräußern, für den Lebensmittelbereich umgesetzt werden.</p> <p><i>Schärfere Sanktionen</i> Mit den Ländern und dem Bundesjustizministerium soll besprochen werden, welche zusätzliche Wirkung sich mit einer Verschärfung der Sanktionsvorschriften</p>
--	--	---

			<p>im Lebensmittel- und Futtermittelrecht erzielen lässt.</p> <p><i>Bessere Kennzeichnung</i> Schlachtabfälle, die nicht zum menschlichen Verzehr bestimmt werden müssen so gekennzeichnet werden, dass sie möglichst nicht zu Lebensmitteln umdeklariert werden können. Die Kennzeichnungsverfahren sollen mit den Ländern weiter erörtert werden.</p> <p><i>Informantenschutz</i> Der Informantenschutz für Mitarbeiter aus der Lebensmittelwirtschaft muss verbessert werden. Hier ist die Einrichtung einer Anlaufstelle für vertrauliche Informationen zu prüfen.</p> <p><i>Nationales Schnellwarnsystem</i> Zwischen Bund und Ländern ist die Einrichtung eines nationalen Schnellwarnsystems zu prüfen, in dem über entdeckte Verstöße gegen das Lebensmittel- und Futtermittelrecht zeitnah und unabhängig von krisenhaften Vorgängen zwischen den Ländern und den Bundesbehörden der Informationsaustausch stattfindet.</p> <p><i>Verstöße</i> Mit den Wirtschaftsressorts von Bund und Ländern ist zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass Verstöße gegen das Lebensmittel- und das Futtermittelrecht, dazu führen, dass die Zuverlässigkeit, die als Voraussetzung zur Erteilung einer Gewerbeerlaubnis gilt, in Zweifel gezogen wird. Dies gilt insbesondere, wenn die Erlaubnis, ein Gewerbe im Lebensmittel oder Futtermittelbereich zu betreiben beantragt wird. (Quelle: BMEVL)</p>
2006	Türkei Europa	Vogelgrippe	<p>Januar 2006 In der Türkei ist die Zahl der Patienten mit Symptomen der Vogelgrippe auf etwa 70 gestiegen. Vier Patienten mit Verdacht auf die Krankheit wurden im Südwesten der Türkei nahe der Ägäisküste ins Krankenhaus gebracht. Inzwischen ist das Virus bei 15 Menschen nachgewiesen. Vier der Infizierten starben bislang. Bei den 20 Patienten, die in Istanbul auf das Virus getestet wurden, gebe es keinen Hinweis auf eine Infektion, so CNN Türk. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation gibt es keine Beweise für eine Übertragung von Mensch zu Mensch.</p> <p>Februar 2006 Nach den ersten Vogelgrippe-Fällen in Italien, Griechenland und Bulgarien ist auch bei einem Schwan in Slowenien ein Erreger der H5-Gruppe festgestellt worden. Ob es sich um den auch für Menschen gefährlichen Virenstamm H5N1 handele, sei noch unklar, teilte die EU-Kommission in Brüssel mit. Das slowenische Labor für Vogelgrippe habe seine Proben zu weiteren Tests an das EU-Referenzlabor im britischen Weybridge geschickt. Die Untersuchungen in Italien werden fortgeführt. Unter anderem solle herausgefunden werden, um welche Form von H5N1 es sich genau handele, sagte Minister Storace. Von den regionalen Gesundheitsbehörden hatte es zuvor geheißt, bei den Schwänen könnte es sich um Zugvögel aus Russland handeln. Bisherige Tests in einem Labor auf der Insel hätten eine "milde Form" des H5N1-Virusstamms gezeigt. Das griechische Landwirtschaftsministerium teilte mit, Untersuchungen im englischen Speziallabor Weybridge hätten bei drei Schwänen das H5N1-Virus bestätigt, die nahe der nordgriechischen Stadt Saloniki tot aufgefunden worden waren. Auf der griechischen Insel Skyros wurde unterdessen eine Wildgans positiv auf einen Vogelgrippe-Erreger vom Typ H5 getestet. Berlin/Bergen (Reuters) - Trotz aller Schutzmaßnahmen breitet sich die Vogelgrippe in Deutschland rasant aus. Am Sonntag erreichte die auch für Menschen gefährliche Variante das deutsche Festland. Erstmals wurde der Erreger H5N1 bei zwei verendeten Vögeln außerhalb Rügens nachgewiesen, wie der Schweriner Krisenstab mitteilte. Bislang war die Seuche auf die Ostseeinsel beschränkt gewesen. Dort stieg die Zahl nochmals sprunghaft auf nunmehr 79 Fälle an. Auf Rügen sind bislang insgesamt 13 mit Vogelgrippe infizierte Tiere mit dem Virus H5N1 gefunden worden. H5N1 ist auch für den Menschen gefährlich. Seit 2003 starben insgesamt 91 Menschen in Asien und der Türkei an dem Virus. Bislang haben sich alle Erkrankten bei direktem Kontakt mit Geflügel angesteckt. Sollte das Virus mutieren und von Mensch zu Menschen übertragen werden können, befürchten Virologen den Ausbruch einer Grippe-Pandemie. FRANKFURT (Dow Jones)--Deutschland ist nach Einschätzung von Experten derzeit unzureichend auf eine mögliche Vogelgrippe-Epidemie unter Menschen vorbereitet. Grund ist den Experten zufolge vor allem die dezentrale Verteilung der Verantwortlichkeiten bei Verkauf und Verteilung von Grippe-Medikamenten. Mindestens bis Ende März wird es dauern, bis alle Bundesländer entsprechende individuelle Notfallpläne für eine Vogelgrippe-Epidemie erstellt haben. "Wenn es zu einer Epidemie kommt, ist das föderale System kontraproduktiv", sagte Renee</p>

			<p>Gottschalk, Leiter der Epidemiezentren in Hessen und Rheinland-Pfalz. Ein zentralisierter Plan für alle Länder wäre sicherlich sinnvoller gewesen und hätte eine chaotische Situation wie derzeit verhindert, sagte Gottschalk mit Blick auf die Medikamentenbevorratung weiter.</p> <p>Derzeit ist das Robert-Koch-Institut die zentrale Stelle für die Seuchenkontrolle und -prävention in Deutschland. Das Institut empfiehlt den Bundesländern in seinem Pandemieplan, für 20% der Bevölkerung einen Vorrat an Grippemedikamenten vorzuhalten.</p>
--	--	--	---

Quelle: *Internet Recherche – Georg Walker*

Wichtigste Informationsorganisationen:

- **Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände** e.V. Pressemitteilung, Hrsg. AgV, Bonn
- **aid –Verbraucherdienst**, Hrsg. Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten e.V., Bonn
- **bgvv Pressedienst**, Hrsg. Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin, Berlin
- **BLL**, Hrsg. Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e.V., Bonn
- **Bpi-pressemitteilung**, Hrsg. Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Frankfurt/Main
- **Bundesministerium für Gesundheit**, Hrsg. Bundesministerium für Gesundheit, Pressereferat, Bonn
- **Bundesrat Pressemitteilung**, Hrsg. Pressestelle des Bundesrates, Bonn
- **Bundesrat**, Auszüge aus Sitzungsprotokollen
- **BMELF-Informationen**, Hrsg. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn
- **CMA**, Hrsg. Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft, Bonn
- **Deutscher Bundestag**, Auszüge aus Sitzungsprotokollen
- **DGE**, Hrsg. Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V., Frankfurt/M.
- **Europäische Notizen aus Großbritannien**, Hrsg. Britische Botschaft Bonn, Presseabteilung
- **Europäische Kommission, Generaldirektion XXIV**, Verbraucherpolitik, Hrsg., Brüssel
- **Greenpeace Magazin**; Hrsg. Greenpeace Umweltschutzverlag GmbH, Hamburg
- **Hessisches Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit**, Hrsg. HMJFG, Pressereferat, Wiesbaden
- **KnackPunkt**, Aktuelles für Multiplikatoren im Bereich Ernährung; Hrsg.: Verbraucher–Zentrale NRW e.V., Düsseldorf
- **Pressestellen der Verbraucherzentralen** (Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Sachsen, Thüringen, u.a.), Hrsg.
- **SPD PRESSE**, Hrsg. Dr. P. Struck, MdB, SPD-AG Verbraucherpolitik
- **Verbraucherpolitische Korrespondenz**, Hrsg. AgV, Bonn
- **V.T., Verbraucher Telegramm**, Hrsg. Verbraucher Initiative e.V., Bonn
- **Westdeutscher Rundfunk Köln, Pressestelle**, Hrsg.
- **Zweites Deutsches Fernsehen - Teletext.**

Georg Walker
Stand: 23. September 2008